

NACHRICHTEN

G20-Proteste: Teilnehmer*innen der Rondenburg-Demonstration sollen kollektiv bestraft werden.

3

MEINUNG

Mit drei verschiedenen Beiträgen zeigen wir die Vielfalt der Positionen in der Corona-Debatte auf.

6-7

GENOSSENSCHAFTEN

Aufbruchstimmung: Wie auch Genossenschaften die Digitalisierung für sich nutzen können.

8

BILDUNG

Von unten: Das »Skills for Utopia«-Kollektiv organisiert Weiterbildungen für Aktivist*innen.

14

SCHWERPUNKT



▲ F4F-Demonstration in Köln im März 2019

Foto: Herbert Sauerwein

Fridays for future

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, forderte am 12. Dezember 2020 alle Länder dazu auf, den Klimanotstand auszurufen. Dies tat 2019 bereits das EU-Parlament. Papst Franziskus rief zu einer radikalen Änderung der Lebensweise im Kampf gegen den Klimawandel auf. Politiker*innen weltweit beschließen Maßnahmen, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. All das sind Reaktionen auf die weltumspannende Klimagerechtigkeitsbewegung »Fridays for Future«.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Seit ihrer Gründung 2018 nach den wöchentlichen Schulstreiks der schwedischen Schülerin Greta Thunberg hat sich die Bewegung Fridays for Future (F4F) weltweit verbreitet. Im Mittelpunkt steht das 1,5 Prozent-Ziel des Pariser Klima-Abkommens von 2016 zur Begrenzung der Erderwärmung. Zahlreiche Unterstützer*innen-Gruppen sind entstanden: Scientists for Future, Parents for Future, Kita-Parents for Future, Grandparents for Future, Teachers for Future, Students for Future, Artists for Future, Kirchen for Future, Entrepreneurs for Future, Farmers for Future, Psychologists for

Future, Writers for Future, um nur die prominentesten zu nennen.

Der CONTRASTE-Schwerpunkt stellt einige dieser Gruppen aus Deutschland und Österreich vor und vermittelt so einen Einblick in die Vielfalt der Bewegung. Sie ist zwar aufgrund der Corona-Pandemie weitgehend aus den Schlagzeilen verdrängt worden, dennoch aber lebendig – vorwiegend online. Ihre Aktivitäten sind weiterhin dringend notwendig, denn zwischen Wissen und Handeln klafft immer noch eine gewaltige Lücke. Da sind Formate wie beispielsweise die »Climate School« der »Students for Future« oder der Leitfaden der »Kita-Parents for Future« nützliche Werkzeuge.

Dass das erklärte Ziel der Fridays, die zügige Realisierung des 1,5 Prozent-Ziels, kaum mehr in Sicht ist, mag ernüchtern. Und es gab auch herbe Enttäuschungen: Das Kohlekraftwerk Datteln IV in NRW ging trotz aller Proteste ans Netz. Der Dannenröder Wald in Hessen wurde zugunsten einer Autobahn gerodet. Und während große Konzerne weiterhin die Zukunft der Menschheit verheizen, stiegen die Temperaturen in der Antarktis mit über 18°C auf die höchsten Werte seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Doch »Erfolge bzw. Wirkungen einer Bewegung oder Kampagne bemessen sich nicht nur an deren erklärten Politikzielen, sondern

zeigen sich auch in weiteren Dimensionen, darunter der Veränderung politischer Strukturen und Regeln, dem Einfluss auf das Parteienspektrum und die Zusammensetzung der Regierung, dem Agenda-Setting in den Medien und der breiten Öffentlichkeit (...), schließlich den Rückwirkungen auf die Bewegung selbst«, so die Kriterien des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung.

Daran gemessen ist die Bewegung der F4F schon heute erstaunlich erfolgreich. »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut«, skandierten die überwiegend jugendlichen Protestierenden auf ihren Demonstrationen. Weltweit haben Millionen Menschen

darin teilgenommen. Mehr als 1.860 Kommunen weltweit haben bereits den Klimanotstand ausgerufen und sich damit verpflichtet, bis 2030 kohlenstofffrei zu werden. Das lässt hoffen. Allerdings hat das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in seiner Machbarkeitsstudie im Auftrag der »Fridays« ermittelt, dass die Klimapläne der Bundesregierung nicht ausreichen. Aus technischer und ökonomischer Sicht sei es aber grundsätzlich noch möglich, das Ziel von CO₂-Neutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

Link: fridaysforfuture.de

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

WIEDERAUFBAU NACH ERDBEBEN IN KROATIEN

Öko-Aktivist*innen brauchen Unterstützung

ZMAG ist ein Netzwerk von Öko-Aktivist*innen im kroatischen Vukomerić, das sich mit nachhaltigen und solidarischem Lebensweisen beschäftigt. Durch das Erdbeben im Dezember wurde ihr Bildungszentrum schwer beschädigt. Nun brauchen die Aktivist*innen Hilfe für den Wiederaufbau.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Das »Grüne Netzwerk der Aktivistengruppen« (ZMAG) ist ein Verein, der Bio-Gärtner*innen, Techniker*innen, Permakultur-Designer*innen,

Umweltaktivist*innen und Menschen, die mit solidarischen Gesellschaftsformen experimentieren, zusammenbringt.

Seit 20 Jahren arbeitet ZMAG an der Umsetzung von Aktivitäten in den Bereichen ökologische Lebensmittelproduktion und Saatgutkonservierung, nachhaltige Abfallwirtschaft, erneuerbare Energien, ökologisches Bauen sowie am Aufbau von solidarischen Wirtschaftsmodellen und stellt Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen bereit, von Kindergärten über Bäuer*innen und

Umweltaktivist*innen bis hin zu Gemeinden. Eine »Community Seed Bank« zur Züchtung eigenen Saatguts und die »Good Economy Cooperative« sind nur zwei der Vorzeigeprojekte. Die Kooperative unterstützt kleine Biobäuer*innen, etwa durch den Aufbau solidarischer Formen der Landwirtschaft.

Das Zentrum der Tätigkeiten ist das »Recycled Estate Education Center«, ein offenes Bildungszentrum im Dorf Vukomerić. Das Zentrum umfasst Büro, Küche und Gästezimmer, eine Bibliothek und den Vortragssaal. Es

ist der Ort, wo alle Kurse und Veranstaltungen stattfinden, durch die sich das ZMAG selbst finanzieren kann.

Nun wurde dieses Zentrum beim Erdbeben am 29. Dezember 2020, dessen Epizentrum nur etwa 25 Kilometer entfernt lag, stark beschädigt, wie auch fast alle Häuser des Dorfes. Nachdem die Aktivist*innen erst im eigenen Dorf mitgeholfen hatten, Mauern und Dächer zu reparieren, machten sich Mitglieder der Gruppe in die benachbarten Dörfer auf, um auch dort beim Wiederaufbau zu helfen. Nun sind sie soweit, die

Reparaturen des eigenen Bildungszentrums in Angriff zu nehmen. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf rund 70.000 Kroatische Kuna (knapp 10.000 Euro), für die die Gruppe um Spenden bittet, und zwar auf das Konto des »Green Network of Activist Groups«, Erste Steiermärkische Bank, IBAN: HR0724020061500092001, BIC: ESBCHR22XXX
Verwendungszweck: »Donation for the renovation of the Recycled Estate Educational Center«.

Link: <https://tinyurl.com/yxp8qntl>

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
 RONDENBARG-PROZESSE, HAMBURG

PROJEKTE SEITE 4
 KRITISCHES MARKETING
 NETZWERK SELBSTHILFE

PROJEKTE SEITE 5
 LIBERTATIA, GRIECHENLAND
 LACHYOGA, GÖTTINGEN

MEINUNG SEITE 6
 SICHERHEIT VERSUS FREIHEIT

MEINUNG SEITE 7
 #ZEROCOVID
 KEINE GRUNDLAGEN FÜR LOCKDOWN

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 8
 AUFBRUCHSTIMMUNG DANK DIGITALISIERUNG
 GEMEINWOHL FÖRDERN

SCHWERPUNKT SEITE 9
 EINBLICKE EINER AKTIVISTIN

SEITE 10
 STRUKTUREN DER F4F-BEWEGUNG
 BUCHREZENSION

SEITE 11
 KITA-PARENTS FOR FUTURE
 TEACHERS FOR FUTURE, ÖSTERREICH

SEITE 12
 SCIENTISTS FOR FUTURE

THEORIE SEITE 13
 ZUR ÖKONOMISCHEN THEORIE GEORGE BATAILLES

BILDUNG SEITE 14
 SKILLS FOR UTOPIA

REZENSIONEN SEITE 15
 FILM: EL ENTUSIASMO
 DIE SCHWARZE BOTIN
 ATOMKRAFT FOREVER
 VIRENREGIME
 KLASSENTHEORIE

TERMINE, KLEINANZEIGEN SEITE 16
 KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contrastE abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
 (51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2021

Sonnenstrahlen im Winter

Liebe Leser*innen,

im Dezember wurde noch einige Male unser beigelegtes Spendenformular ausgefüllt. Zusammen mit den Unterstützungen in der ersten Januarhälfte wurde unser Zeitungsprojekt mitten im kalten Winter von vielen Sonnenstrahlen gewärmt. 1.863 Euro konnten wir zählen, vielen Dank! Damit sind bereits 59,45 Prozent von den benötigten 8.000 Euro der Aktion 2021 erreicht. Bei so viele Wärme werden wir nun wohl die noch kalten Corona-Monate überstehen können.

Andere haben es nicht geschafft. In Hamburg sind fünf obdachlose Menschen erfroren, Anfang Januar auch einer in Köln. Immer wieder warnen engagierte Menschen davor. Nächtliche Notschlafstellen werden von vielen gemieden, da dort in den Sälen und Mehrbettzimmern Coro-

na-Ansteckungsgefahr besteht oder Diebstahl und Gewalt gefürchtet werden. Durch private Initiativen wurden zum Beispiel Hotels mit abschließbaren Einzelzimmern angemietet. Viele waren sehr dankbar dafür – entgegen der Mär, dass Obdachlose per se nur draußen leben wollen.

In Köln hat Rainer Kippe vom SSM Ernst gemacht gegen das Versagen von Kommunen. Er hat die Staatsanwaltschaft aufgefordert, gegen die Stadt Köln zu ermitteln, im Speziellen gegen Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Weil das Menschenrecht auf Wohnen nicht geachtet werde, weil die Stadt nach dem Ordnungsrecht Menschen nicht mit Gefahr für Leib und Leben aussetzen dürfe. Der Rat der Stadt Köln hat inzwischen beschlossen, dass die Stadtverwaltung nun selbst leerstehende Hotels für Obdachlose anmieten soll.

CONTRASTE-WINTERPLENUM



▲ Screenshot von unserem ersten - und hoffentlich letzten - Online-Plenum mit neun Redaktionsmitgliedern. Foto: Schmitt

ONLINE BEIEINANDER

REDAKTION KÖLN

»Jitsi« machte es möglich: Neun CONTRASTE-Redakteur*innen trafen sich am 15. und 16. Januar im virtuellen Raum. Ariane, Brigitte, Burghard, Eva Schmitt, Hans, Heinz, Peter, Regine und Uli waren dabei. Die Corona-Pandemie zwang uns, unser geplantes Präsenz-Plenum abzusagen.

Wir konnten mit beruhigten Nerven tagen: Der Finanzbericht weist aktuell ein erfreuliches Plus auf. Dank großzügiger Spenden hoffen wir nun, gut durch das neue Jahr zu kommen. Mit einer Werbepostkarte wollen wir neue Abos hinzugewinnen. Zudem planen wir im Mai einen Aktionsmonat, in dem Jahresabos zum Einstiegspreis von 33 Euro angeboten werden.

Wir diskutierten natürlich auch die Schwerpunktplanung für 2021. So soll unter anderem die Berliner »Stadtbodenstiftung« vorgestellt werden, ein Community Land Trust. Das ist eine gemeinschaftliche, nicht-gewinnorientierte Eigentumsform, mit der Grund und Boden der

Spekulation entzogen wird, um diesen dauerhaft für günstigen Wohnraum aber auch für andere soziale, kulturelle oder gewerbliche Nutzungen zur Verfügung stellt. Aktuelle Entwicklungen im selbstorganisierten Gesundheitsbereich sollen beleuchtet werden, ebenso wie Themen und Aktionen von Fahrrad-Initiativen.

Unsere fruchtbare Debatte zum Thema »Corona« ergab insoweit Einigkeit, dass wir es im Hinblick auf selbstorganisierte Projekte und alternative Online-Plattformen behandeln wollen. Außerdem wollen wir eine Rubrik für Meinungsbeiträge (siehe Seite 6 und 7) eröffnen.

Das Sommerplenum findet – hoffentlich wieder präsent – vom 2. bis 4. Juli in Ullis Wohnprojekt in Sprockhövel statt. Am Sonntag tagt dann die Mitgliederversammlung unseres Vereins. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Anmeldung unter: **koordination@contrastE.org**

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter **koordination@contrastE.org**

Wir danken den Spender*innen

H.J.	50,00
K.J.	40,00
H.A.	100,00
J.A.	200,00
M.F.	100,00
G.S.	100,00
G.+E. Tonhauser-Kausch	100,00
Z.G.	100,00
P.M.	100,00
S.J.	20,00
S.N.	25,00
M.S.	300,00
S.E.	100,00
B.D.	9,00
N.M.	30,00
L.Cm+M.L.	8,00
B.A.	30,00
W.N.	1,00
H.J.	70,00
B.C.	25,00
H.J.	5,00

Spendenticker »Aktion 2020«

59,45 % finanziert 4.756,22 Euro Spenden 3.243,78 Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **3.243,78 Euro**

G20-GIPFELPROTESTE IN HAMBURG

Den Finger brechen

Der erste von mindestens acht Gruppenprozessen wegen Teilnahme an einer G20-Demonstration in der Straße Rondenborg hat am 3. Dezember in Hamburg begonnen. Obwohl den Angeklagten keine konkrete Straftat nachgewiesen werden kann, sollen sie als Mitdemonstrierende kollektiv bestraft werden. Betroffene und Prozessbeobachter*innen sprechen von einer »Falle« der Polizei.

GASTON KIRSCH, HAMBURG

»Bislang unbekannt Täter hatten im Bereich der Straße Rondenborg mehrere Sachbeschädigungen begangen«, meldete Polizeisprecher Holger Vehren um 23.23 Uhr am ersten Tag des G20-Gipfels 2017 in Hamburg über den Presseverteiler. »Die Polizisten waren von den mutmaßlichen Tätern massiv mit Flaschen, Bengalofackeln und Böllern beworfen worden, die auf ein Gelände flüchteten, welches mit einer Mauer und einem darauf montierten Zaun begrenzt war.« Das Bürgerkriegsszenario, welches der Polizeisprecher hier beschreibt, hat so allerdings nie stattgefunden – wie selbst das offizielle Filmmaterial der Polizei beweist. Interessant ist, was in dem Polizeireport fehlt: Angaben zu verletzten Polizisten oder beschädigter Ausrüstung. Es gab bei der Auflösung der Demonstration im Rondenborg weder auch nur leicht verletzte Beamte noch den kleinsten Lackschaden an den Einsatzfahrzeugen. Etwas einsilbig erwähnt der Polizeireport die massiven Verletzungen bei den Demonstrierenden: »14 Personen wurden mit Verletzungen in Krankenhäuser transportiert. Über die Art der Verletzungen liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.« Berichte von Demonstrierenden sind genauer: Da ist von schweren Knochenbrüchen die Rede. Einige Demonstrierende hatten versucht, vor der heranstürmenden Hundertschaft über ein auf einer Mauer montiertes Absperrgitter, einen Metallzaun, auf einen Firmenparkplatz zu flüchten. Es brach ab, wer drauf geklettert war, stürzte fast drei Meter tief auf Asphalt. Mit offenen Beinbrüchen und Verdacht auf Wirbelverletzungen wurden Demonstrierende auf Liegen und mit Halskrausen abtransportiert.

»Es war eine Falle«

Teilnehmende der Demonstration berichteten der »Hamburger Morgenpost«: »Polizisten hätten die Gruppe grundlos und gewaltsam auseinandergetrieben, gar den Zaun umgedrückt, damit die Flüchtenden von der Mauer stürzen. Das Geschehen sei »traumatisch« gewesen.«

Eine der Verhafteten war Julia Kaufmann, Krankenschwester und aktiv in der ver.di-Jugend in Bonn. Sie beschrieb in dem Buch »Das war der Gipfel« (Verlag Assoziation A), was sie erlebte: »Der Angriff der Polizei kam für uns aus dem Nichts. Im Nachhinein wurde uns klar, dass



▲ Der erste Rondenborg-Angeklagte Fabio konnte am 27. November 2017 nach dem Verhandlungstag vor dem Amtsgericht Altona mit seiner Mutter seine Entlassung aus der seit dem 7. Juli andauernden U-Haft feiern. Foto: Gaston Kirsche

es eine Falle war: Wir sollten in diese menschenleere Straße laufen, verprügelt und unter dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs verhaftet werden. Viele Betroffene berichten, sie hätten sich gefühlt, als seien sie überfallen und gekidnappt worden.«

Aufgebrochen waren die Demonstrierenden am frühen Morgen des ersten Tages des G20-Gipfels im Volkspark, wo nach wochenlangen Verbotsdiskussionen doch noch ein Protestcamp zugelassen worden war. Dort hatten sich morgens etwa 200 Übernachtende zusammengefunden, um an den Blockaden der Zufahrtsweg zum Tagungsort in der Innenstadt teilzunehmen. Dazu sollte versucht werden, die Polizei in kleinen Gruppen zu umfließen, um möglichst nahe an den Tagungsort zu gelangen – das bereits in Heiligendamm beim G7-Gipfel 2007 erprobte »Fingerprinzip«. Jeder Finger hatte eine Farbe: Im Volkspark startete der schwarze Finger. »Wir waren endlich auf der Straße und entschlossen, uns diesem Gipfel entgegenzustellen«, so Julia Kaufmann in ihrem Bericht. »Die meisten von uns waren Frauen, es gab Redebeiträge, Sprechchöre und Gesang, die Demonstration war laut. Dass uns im Industriegebiet um diese Uhrzeit vermutlich niemand hörte, war uns egal.«

Und der Polizei? Kam ihr vielleicht die Abwesenheit von Passantinnen gut zupass? Christiane Schneider, die 2017 innenpolitische Sprecherin der Fraktion der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft war und sich jahrelang mit der Aufarbeitung der Polizeieinsätze gegen die G20-Gipfelproteste beschäftigt hat, erklärt im Gespräch mit dem Autor: »Für mich ergibt sich aus den Akten und den

Ausführungen der Innenbehörde im G20-Sonderausschuss, dass die Ereignisse am Rondenborg nicht Ergebnis eines dynamischen Prozesses waren, sondern einer Falle.« Die anderen Demonstrationen kamen ziemlich weit, ohne von Polizei behelligt zu werden. Auf den »schwarzen Finger« warteten am Rondenborg zwei Polizeihundertschaften, eine davon die BFHU Blumberg. »Die BFHU Blumberg ist eine der fünf im Jahr 2015 aufgestellten Einheiten spezialisierter Polizeikräfte der Bundespolizei für die Terrorismusbekämpfung, zu G20 wird sie gegen Demonstranten eingesetzt«, so die Rechtsanwältin Gabriele Heinicke. Die Demonstration, so schildert es Christiane Schneider, stieß zuerst »auf eine Eutiner Hundertschaft, dann, als sie vor der Konfrontation in den Rondenborg auswich, auf die berüchtigte BFHU Blumberg der Bundespolizei. Diese stürmte binnen weniger Sekunden auf die vorderen Reihen des Zuges, zeitgleich rückten von hinten zwei Wasserwerfer und die Eutiner Hundertschaft an – die Falle schnappte zu.«

Kein Überfall auf die Polizei

Für die Erörterung im G20-Sonderausschuss des Hamburger Landesparlamentes sollte die BFHU Blumberg die Videoaufzeichnung zur Verfügung stellen. Es wurde zwar nur ein kurzer Ausschnitt herausgegeben, aber bereits der konterkariert die Behauptung eines angeblichen Überfalls auf die Polizei: »Man sieht nicht, dass Steine fliegen, aber man sieht Steine auf dem Boden liegen – 14 werden hinterher gezählt –, aber ein »massiver Bewurf mit Steinen, Flaschen, Pyrotechnik«, den die Polizei noch behauptete, bevor das Polizeivideo öffentlich wurde, ist etwas anderes«, so Christiane Schneider. Stattdessen ist im Polizeivideo ein Kommentar des für die Aufnahme zuständigen Beamten zu hören: »Die haben sie aber schön platt gemacht, alter Schwede.«

Zu sehen ist in dem Ausschnitt, wie die Beamten der BFHU Blumberg ohne Schilder und Knüppel auf die kleine Demonstration losstürmen und diese in weniger als einer Minute überrennen. Die auseinanderstrebenden Demonstrierenden werden zu Boden gebracht. 73 Verhaftungen plus 14 Schwerverletzte, die nach Personalienfeststellung zwecks späterer Ermittlungen ins Krankenhaus kommen. Einige von denen, die

anwaltschaft die Rechtsprechung des schweren Landfriedensbruchs massiv zu verschärfen und auszuweiten. Wie bereits in früheren Anklagen – etwa im Elbchausseeprozess – will die Staatsanwaltschaft eine Kollektivbestrafung einführen: Jede und jeder, der an einer Demonstration teilnimmt, sei für alles verantwortlich, was durch andere Teilnehmende aus der Demonstration heraus geschieht. Dabei beruft sie sich auf das »Hooligan-Urteil« vom 24. Mai 2017 (BGH 2 StR 414/16). Aber ausdrücklich stellte der BGH damals fest: Dadurch unterscheidet sich dieser Fall der »Dritt-Ort-Auseinandersetzung« gewalttätiger Fußballfans von Fällen des »Demonstrationsstrafrechts«, bei denen aus einer Ansammlung einer Vielzahl von Menschen heraus Gewalttätigkeiten begangen werden, aber nicht alle Personen Gewalt anwenden oder dies unterstützen wollen.

Kein konkreter Tatnachweis

Die Verteidiger*innen der jetzt Angeklagten bestehen in einer Erklärung auf einem konkreten Tatnachweis: »Keiner und keinem der Angeklagten wird so etwas vorgeworfen wie der Wurf eines Gegenstands in Richtung der Polizei oder eine Sachbeschädigung am Rande des Demonstrationswegs.« Ohne konkreten Tatnachweis wäre eine Verurteilung eine massive Einschränkung des Demonstrationsrechtes.« Damit würde die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes 1985 in der Freien und Hansestadt Hamburg nicht mehr gelten: Im sogenannten Brokdorf-Urteil entschied das BVerfG 1985, die Versammlungsfreiheit friedlicher Demoteilnehmender bleibt auch erhalten, wenn andere nicht friedfertig agieren würden.

Im Februar 2018 platzte bereits eine Einzel-Anklage wegen der Demonstration am Rondenborg: Im Prozess gegen den 18-jährigen Fabio Vettorel aus Norditalien zog sich die Beweisaufnahme so lange hin, bis die schwangere Jugendrichterin in Mutterschutz ging. Fabios offensive Prozessführung stieß auf viel Resonanz, die Öffentlichkeit war in den Verhandlungen zugelassen und die Solidarität groß. Fabio war zur Prozessöffnung gegen die fünf Angeklagten jetzt in Hamburg und beteiligte sich zusammen mit über 3.000 Teilnehmenden am 5. Dezember 2020 an der Solidaritätsdemonstration »Gemeinschaftlicher Widerstand – Alle zusammen gegen ihre Repressionen«.

Infoblog der Roten Hilfe zum Prozess:
<https://rondenborg-prozess.rote-hilfe.de/>

ANZEIGE

Ein Spiel für junge und alte Linke und eine Zeitreise in die Geschichte linker Parolen und Demosprüche

Preis mit Begleitbroschüre: 17 Euro zzgl. Porto-kosten, zu bestellen über: info@iz3w.org



▲ Logo der Kampagne »Gemeinschaftlicher Widerstand« Quelle: gemeinschaftlich.noblogs.org

Geht Marketing eigentlich auch kritisch?

Selbstverwaltete Unternehmensformen sind nur wenigen Menschen in Deutschland bekannt. Zugleich widerstrebt es vielen Arbeiter*innenkooperativen, sich offensiv zu vermarkten. Dabei bieten gerade Kollektivbetriebe Raum, Marketing demokratisch zu diskutieren und alternative Ansätze zu entwickeln.

ALEXANDRA REINIG UND RUPAY DAHM, BERLIN

Bei der Arbeit mit Kollektiven waren wir überrascht, wie häufig die interne Unternehmensdemokratie nach außen kaum sichtbar war. Weder auf der Startseite der Webseite, noch auf den Produkten war zu erkennen, dass es sich um einen selbstverwalteten Kollektivbetrieb handelt. Das Problem: Worüber nie geredet wird, das existiert in den Köpfen der Menschen auch nicht. In der öffentlichen Wahrnehmung sind Unternehmen stets hierarchisch geführt und häufig im Besitz von anonymen Investor*innen. Dass Mitarbeiter*innen keine Mitsprache haben und die Geschäftsführung das Dutzend- oder gar Hundertfache der untersten Lohngruppen verdient, gilt als normal. Um aber das, was als Normalität, als selbstverständlich gesehen wird, zu verändern, muss – in Anlehnung an den neo-marxistischen Denker Antonio Gramsci – eine Gegenhegemonie geschaffen werden. Selbstverwalteten Betrieben fällt dabei die Aufgabe zu, ihre Sichtbarkeit aktiv zu gestalten. Nur so kann ein größerer Transformationsprozess in Gang kommen und die betriebliche Selbstorganisation zu mehr als nur der eigenen Selbstverwirklichung dienen.

Mit der Zielgruppe interagieren

Viele Kollektivbetriebe zögern, sich offensiv zu verkaufen. Und das aus gutem Grund: Ziel des Marketings ist traditionell, dass Kunden*innen konsumieren. Keine Rolle spielt dabei, ob die Konsument*innen einen tatsächlichen Nutzen aus der Ware ziehen oder welche gesellschaftlich schädlichen Ergebnisse die angeheizten Konsumwünsche hervorbringen. Folglich ist es nötig, die Beeinflussung der Kaufentscheidung kritisch zu hinterfragen und das heißt zunächst einmal: Nicht zu der Zielgruppe zu sprechen, sondern mit ihr. Neben potenziellen Kund*innen gehören zwar auch mögliche künftige Mitarbeiter*innen oder Unterstützer*innen zur Zielgruppe. In keinem Fall sollte die Zielgruppe aber »alle« sein. Denn jedes Schild über der



▲ Auch wenn sie keine kapitalistischen Ziele verfolgen: Kollektivbetriebe sollten Marketing-Strategien entwerfen, wenn sie eine Gegenhegemonie erschaffen wollen. Foto: luckyfotostream / flickr.com

Ladentür oder Banner über der Homepage, zieht bestimmte Gruppen an und schreckt andere ab. Zunächst sollte sich das Kollektiv bewusst sein: Wer ist die Zielgruppe? Welches gemeinsame Problem verbindet sie?

Ein gutes Produkt ist die beste Werbung. Und doch muss die Zielgruppe erst einmal von dem Angebot erfahren. Wenn Kollektive bereits eine Gemeinschaft von potenziellen Kund*innen, Unterstützer*innen und Interessierten aufgebaut haben, ist das einfach: Mitglieder können direkt mit ihrer Zielgruppe kommunizieren, zum Beispiel über einen Newsletter. Bei Neugründungen besteht diese Möglichkeit meist nicht. Wie aber können Kollektive auf sich oder ihre Produkte aufmerksam machen, wenn nicht mit Werbeanzeigen Google, Facebook oder Microsoft in die so genannte Tasche gewirtschaftet werden soll? Besonders anfänglich sind selbstverwaltete Unternehmen auf die aktive Zusammenarbeit mit vorhandenen Institutionen, wie Presse und anderen Multiplikatoren, angewiesen. Will ein Kollektiv aus der eigenen »Bubble« hinaustreten und andere Milieus erreichen, wird es

spannend: Welche Kommunikationskanäle benutzen andere gesellschaftliche Schichten oder Altersgruppen? Wem folgen migrantische Gruppen in den sozialen Medien?

Positionieren statt verkaufen

Nur wenn andere verstehen, wo der selbstverwaltete Betrieb steht, werden Interessierte überhaupt die Webseite besuchen, den Newsletter abonnieren oder in einem Kollektiv-Laden einkaufen. Es geht also um Inhalt. Dieser dient Arbeiter*innenkooperativen weniger dazu zu verkaufen, als sich zu positionieren. Zunächst sollte deutlich kommuniziert werden, welches Problem das Kollektiv löst – konkret für die Kund*innen, aber auch gesellschaftlich. Inhalte, die in verständlicher Sprache verfasst und visuell aufbereitet sind, senken die Zugangsbarrieren. Außerdem bietet es sich an, die Kommunikation mit Geschichten und Bildern von Menschen anzureichern. So sind diese einprägsamer, weil es leichter fällt, uns mit anderen Menschen zu verbinden als mit einem abstrakten Produkt. Und Geschich-

ten und Bilder bergen das Potenzial eine Gegenhegemonie zu schaffen. Zu einem kritischen Marketing-Ansatz gehört die Frage: Welches Bild von Arbeit, von (selbstverwalteter!) Wirtschaft wollen wir vermitteln? Wer sind die Held*innen in unseren Geschichten?

Mut, sich zu zeigen

In der Werbung werden allzu häufig klassische Geschlechterbilder reproduziert: der grauhaarige Geschäftsmann im Anzug oder die Frau, die jung, hübsch und ohne Behinderung in die Kamera lächelt. In der digitalen Welt sieht es ähnlich aus: Wir klicken auf die Webseite einer Werbeagentur oder einer Beratungsfirma auf den Reiter »Team« oder »Über uns« und finden meist die Gesichter der einzelnen Mitarbeiter*innen (meist mit Hochschulabschluss). Schauen wir uns hingegen die Webseiten von Reinigungsunternehmen an, findet wir dort häufig keine Gesichter der Mitarbeiter*innen, eher noch des Chefs (seltener der Chef*in). Zwei Klassen von sichtbaren und unsicht-

baren Menschen entstehen. Ganz anders ist dies auf den Homepages von Arbeiter*innenkooperativen: Auf der Webseite der New Yorker Reinigungskooperative Up&Go lächeln die Mitarbeiter*innen etwas schüchtern. Sie sind keine professionellen Fotomodells. Auf den Webseiten der selbstverwalteten Industriebetriebe New Era aus den USA oder der Teefabrik Scop-Ti aus Frankreich gibt es Bilder der Fabrikarbeiter*innen: ungeschminkt. Dabei erfordert es von Menschen, die heute noch wenig sichtbar sind, eine Menge Mut sich zu zeigen. Eine Webseite kann in diesem Sinne ein kleines Werkzeug der Emanzipation sein, das Marginalisierte sichtbar macht – selbstbewusst und auf Augenhöhe mit dem Rest der Welt.

Ein selbstverwalteter Betrieb kann seine Plattform zudem dazu nutzen, unternehmenspolitische Entscheidungen transparent zu machen und zur Diskussion zu stellen. Von dieser Möglichkeit machte jüngst Krautreporter, ein genossenschaftlich organisiertes Online-Magazin, Gebrauch und kritisierte: »Geschäftsführer [...] sprechen nicht über Gehälter (aus Angst vor Neid), sie verraten keine Gewinnzahlen (aus Angst vor der Konkurrenz), sie erwähnen keine Schulden (aus Angst um den eigenen Job). Sie sagen lieber einfach: »Ja ja, das Geschäft läuft gut.« Im selben Artikel bricht Krautreporter das Schweigen. Die FAZ (unverdächtig der alternativen Nische anzugehören) berichtete über die ungewöhnliche Offenheit. Kollektive können sich dazu entscheiden, ihre Unternehmensführung transparent zu machen und auf diese Weise sogar auf Unterstützung hoffen, wenn das Geschäft mal schrumpft. Insofern kann die Kommunikation von Werten und Vorstellungen dazu beitragen, sich vom Wachstumszwang zu befreien und zugleich in einem kapitalistischen System existieren zu können.

Alexandra Reinig ist freie Texterin, berät und gibt Workshops zur digitalen Kommunikation für selbstorganisierte Projekte. Link: www.alexandrareinig.de

Rupay Dahm berät als Anwalt Kollektivbetriebe und gibt Workshops zu Rechtsformen, Tools und Methoden der Selbstorganisation. Link: www.kollektivberatung.de

Links zu den genannten Kollektiven: www.upandgo.coop <https://newerawindows.com> www.scop-ti.info

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Kronstadtkongress 2021

Im Frühjahr 2021 jährt sich der Kronstädter Matrosenaufstand zum 100. Mal. Wir blicken auf eine Gegenwart, in der der Druck im Kessel steigt und wo sich soziale Bewegungen an unterschiedlichen Orten der Welt einen Weg bahnen. Es gab in den letzten Jahren unzählige lokale Aufstände sowie weltweite soziale Bewegungen wie Black Lives Matter, Fridays for Future, #MeToo und Ni Una Menos. Diese sprechen unterschiedlichste gesellschaftliche Missstände an. Ihre Gemeinsamkeit ist, dass sie überwiegend selbstorganisiert und dezentral sind. Das heißt, sie folgen nicht einzelnen, führenden Personen und sind divers in ihren Vorstellungen. Aber rechte, reaktionäre und autoritäre Kräfte versuchen sich mittels Desinformation

und Machtpolitik so zu präsentieren, als hätten sie eine Antwort auf die gesellschaftlichen Probleme und den Unmut der Menschen. Dem können wir etwas entgegenzusetzen und gemeinsam den Weg zu einer gerechten und befreiten Gesellschaft finden und gehen. In diesem Rahmen soll vom 3. bis 6. Juni 2021 ein Kongress in Berlin stattfinden, um unsere Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit zusammenzubringen, weiterzuentwickeln, uns zu vernetzen und libertäre Ansätze sozialer Bewegungen zu stärken.

Der Fokus wird auf den Themen Ökologie, Arbeit und Wohnen liegen, dabei sollen insbesondere antikapitalistische, antirassistische und feministische Perspektiven Raum haben. Gleichzeitig bleiben wir offen für aktuelle Entwicklungen und andere Themenfelder. Es

soll Einführungen geben, um uns auf einen gemeinsamen Wissensstand zu bringen und um den gleichen Mut wie die Kronstädter Matros*innen und Arbeiter*innen zu finden. Wir wünschen uns dazu auch vielfältige, bunte Kulturbeiträge, beispielsweise Musik, Performances oder künstlerische Workshops.

Mitmachen!

Wir freuen uns über eure Beiträge für den Kongress. Wir suchen auch noch Gruppen und Menschen, die sich bei der allgemeinen Organisation und Durchführung des Kongresses beteiligen wollen. Gerne könnt ihr euch der Vorbereitungsgruppe anschließen und das Konzept mitgestalten oder Aufgaben wie die Koordination des Cafés, das Angebot veganer Speisen oder die Einrichtung einer Bettenbörse

übernehmen. Uns ist es wichtig eine tiefgreifende Diskussion zu ermöglichen, wir wollen den Kongress aber auch für verschiedenste Bedürfnisse offen halten. Deshalb sollen die Beiträge so gestaltet sein, dass Partizipation, Zugänglichkeit und Inklusivität mitgedacht werden. Dazu ist es uns wichtig, dass wir Ergebnisse, Diskussionen, Beiträge, Fragen und Antworten auf dem Kongress dokumentieren und festhalten, damit nicht alles zweimal gesagt werden muss und der Kongress seine nachhaltige Wirkung entfalten kann.

Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen! Diese können geschickt werden an:

kontakt@kronstadtkongress.de
Alle Informationen: <https://kronstadtkongress.de>

Vorbereitungsgruppe des Kronstadtkongresses

GRIECHENLAND/THESSALONIKI

Libertatia wiederaufbauen!

Das 2018 von Nazihoooligans niedergebrannte anarchistische Zentrum Libertatia in Thessaloniki wird wiederaufgebaut. Es soll ein lebendiges Bollwerk des antifaschistischen Kampfes werden. An der Geschichte des Hauses wird deutlich, dass Thessaloniki nicht immer so griechisch und christlich-orthodox war, wie Nationalisten behaupten.

RALF DREIS, THESSALONIKI

Seit dem Beginn der Hausbesetzung 2008 sind Aktivist*innen der Libertatia an den gesellschaftlichen Kämpfen in Thessaloniki beteiligt. Genannt seien hier nur die Solidaritätsaktionen mit Geflüchteten, der Kampf gegen die Sonntagsarbeit an der Seite von Basisgewerkschaften oder die Verteidigung der von Räumung bedrohten selbstverwalteten Seifenfabrik Vio.Me, die seit 2012 von Arbeiter*innen besetzt ist.

Heute ist das ausgebrannte neoklassizistische Gebäude von einem hohen Metallzaun umgeben. Die leeren Fensterhöhlen laden nicht unbedingt zum Verweilen ein.

Während der nationalistischen Mobilisierung im Zuge des Namensstreits mit dem griechischen Nachbarstaat Nordmazedonien, hatte ein Mob von 150 Nazis und rechten Fußballhoooligans am 21. Januar 2018 das Libertatia angegriffen. Mehrere Nationalisten traten die Tür ein und legten Feuer im Inneren des Hauses, das bis auf die Grundmauern abbrannte.

Es gab keine Festnahmen. – Im Gegenteil: Die anwesenden Polizeitruppen geleiteten den Mob in der Folge zurück zur »Mazedonien ist griechisch«-Kundgebung. Auf der hatten sich 90.000 Nationalist*innen, rechtsextreme Organisationen, die inzwischen als kriminelle Vereinigung verurteilte Nazipartei Chrysi Avgi und große Teile des orthodoxen Klerus versammelt. Es ging einmal mehr um den seit 1990 schwelenden Streit beider Länder um das Anrecht auf den Namen Mazedonien. Wegen des Streits blockierte Griechenland die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen und den Nato-Beitritt des Nachbarlands. Im Juni 2018 einigten sich die Regierungen schließlich darauf, dass Letzteres künftig Nordmazedonien heißen solle.



▲ Antifaschismus in luftiger Höhe: Besetzer*innen bauten trotz polizeilicher Repression ein neues Dach für Libertatia. Foto: Leftéris Epanastátis

Bereits zu Beginn der Kundgebung im Januar 2018 hatten rund 100 Nazis zunächst das besetzte soziale Zentrum »Schule zum Erlernen der Freiheit« angegriffen, danach das Libertatia. Beide Angriffe konnten abgewehrt werden. Als die Rechtsextremen später bei einem zweiten Angriff das anarchistische Zentrum anzündeten, waren die Besetzerinnen und Besetzer auf einer antifaschistischen Gegenkundgebung, das Haus ungeschützt. Am Abend darauf nahmen über 2.500 Menschen an einer Solidaritätsdemonstration für das Libertatia teil. Starke Polizeikräfte griffen die Demonstrierenden mit Tränengas und Blendschockgranaten an.

Ein neues Dach für Libertatia

Die Fortschritte beim Wiederaufbau der Ruine sind beeindruckend. Das neue Dach ist fast fertig. Zwischendecken werden eingezogen und im kleineren Hinterhaus sind einzelne Räume schon verputzt und gestrichen. Am schlimmsten sei es gewesen, betont eine Aktivistin, die Tonnen von Bauschutt und verbrannten Balken

zu entsorgen. Wochenlang habe man Dreck geschippt. Danach sei es besser geworden, doch es gehe nur langsam voran. Dies liege einerseits am Geldmangel, dann sei noch der Corona-Lockdown hinzu gekommen, und nicht zu vergessen die andauernde Repression durch die Polizei. Wiederholt seien während der Bauarbeiten starke Polizeieinheiten angegriffen, zwei Mal wurden während der Arbeit Leute festgenommen, Baumaterial sowie Werkzeuge beschlagnahmt, zuletzt am 23. August 2020. Um das Dach fertig stellen zu können, mussten die Besetzer*innen zu einer Kundgebung am Haus mobilisieren. Während dann 250 Leute fünf Stunden lang um das Haus ausharrten, waren andere auf dem Dach um die Bretter zu vernageln. Das zeigte zwar an diesem Tag die momentanen Grenzen staatlicher Macht, doch kosten solche Aktionen viel Kraft.

Seit Regierungsantritt der rechten Néa Dimokratía im Sommer 2019 hat sich die Repression gegen den »inneren Feind« extrem verschärft. »Bürgerschutzminister« Michális Chrysochóidís, ein ehemaliger Sozial-

demokrat und Law-and-Order-Hardliner, hat die von Faschisten durchgesetzten Polizeitruppen endgültig von der Leine gelassen. Noch im Sommer 2019 ließ er die meisten Flüchtlingsbesetzungen in Athen räumen, in der Folge immer wieder anarchistische Besetzungen. Brutales polizeiliches Vorgehen bis hin zur Folter von Demonstrant*innen bleiben folgenlos. Für die Beamt*innen herrscht Straffreiheit bei ihren Einsätzen gegen Geflüchtete, Kommunist*innen und Anarchist*innen. Obwohl im August 2020 das wichtige besetzte anarchistische Zentrum Terra Incognita in Thessaloniki geräumt wurde, sind die Aktivist*innen von Libertatia optimistisch. »Es ist nicht einfach, uns zu räumen, da wir viel Unterstützung erhalten. Das Verhältnis zu den meisten Leuten in der Nachbarschaft ist hervorragend. Und alle sehen, was hier geschieht. Gegen die rechtsradikalen Brandstifter wird nicht einmal ermittelt, obwohl Filme der Tat im Netz stehen, und gegen uns laufen 16 Strafverfahren wegen Beschädigung eines Baudenkmals und illegaler Arbeiten, weil wir das Haus

wieder aufbauen. Ein Baudenkmal im Übrigen, das vor der Besetzung 2008 über 30 Jahre lang verrottete, ohne dass es die Behörden interessierte, die inzwischen vom Schmuckstück in der Avenue Stratoú reden.«

Das einzige erhaltene neoklassizistische Gebäude in der Avenue Stratoú wurde 1899 erbaut. Bis zu ihrem Tod 1941 gehörte es einer jüdischen Türkin, die es von ihrem Ehemann, einem in Thessaloniki tätigen türkischen Staatsanwalt, geschenkt bekommen hatte. Das Gebäude wurde Jahrzehnte zwischen staatlichen Behörden hin und her geschoben. In den neunziger Jahren gehörte es der teilprivatisierten Universität Makedonia in Thessaloniki, seit Anfang der 2000er Jahre machen vier türkische Bürger aus Izmir Rückübertragungsansprüche geltend.

An der Geschichte des Hauses wird deutlich, dass die griechische Region Makedonia und ihre Hauptstadt Thessaloniki nicht immer so griechisch und christlich-orthodox waren, wie Nationalisten behaupten. Bis vor nicht einmal 100 Jahren lebten in der Stadt über 70.000 Türkinnen und Türken, rund 60.000 sephardische Jüdinnen und Juden sowie 30.000 Griechinnen und Griechen, zudem Sinti und Roma, bulgarische, slawische und albanische Minderheiten. 1922/1923 wurde die türkische Bevölkerung im Zuge des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs vertrieben. Die jüdische Bevölkerung wurde 1942/1943 in deutsche Konzentrationslager deportiert und ermordet. Viele Griechinnen und Griechen haben diesen Teil der Stadtgeschichte verdrängt.

Nach den erfolgreichen dreitägigen Feierlichkeiten zum zwölfjährigen Besetzungsjubiläum Mitte Oktober 2020 gelang es den Besetzerinnen und Besetzern Ende November, ohne weitere polizeiliche Störung die schweren Teerbahnen zu verlegen. Das Dach ist damit kurz vor Beginn der Regensaison winterfest. Um den Wiederaufbau des Hauses als antifaschistisches Zentrum im kommenden Jahr ein gutes Stück voranzutreiben, startet nun im Winter eine Spendenkampagne.

Spenden bis zum 15. Februar unter dem Stichwort »Libertatia« bitte an:
FAU-Frankfurt a.M.
IBAN: DE24 5005 0201 0107 9966 96
BIC: HELADEF1222

GÖTTINGEN

Online-Lachen gegen den Lockdown-Blues

Egbert Griebeling ist Lachyoga-Master-Trainer und Bewegungspädagoge. In der Coronakrise hat er seine Kurse ins Internet verlegt und versucht damit, in diesen herausfordernden Zeiten eine Unterstützung anzubieten.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Mehrere Monate vorgegebene oder aus Selbstschutz eingegangene Corona-Einschränkungen haben bei vielen Menschen Spuren hinterlassen. Die erste Zeit der Kultur- und Kontaktbeschränkungen konnte noch für liegengeliebte Arbeiten oder Reparaturen im



Foto: Griebeling

Haushalt genutzt werden. Über längere Phasen der Zurückgezogenheit fühlen sich besonders Alleinlebende vereinsamt, antriebslos, bedrückt und besorgt. »Doch gerade Angst und Panik sind schlechte Helfer in der Not. Denn Ängste und Sorgen schwächen im erheblichen Maße unser Immunsystem, rauben uns Kraft und Energie«, sagt Egbert Griebeling, Göttinger Lachyoga-Master-Trainer und Bewegungspädagoge.

Lachen hingegen stärkt die körperlichen Abwehrkräfte. Das wissen nicht nur die heutigen Lach-Yogies. »Lachen und Lächeln sind Tor und Pforte durch die viel Gutes in den Menschen hinein huschen kann«, erkannte der Dichter Christian Morgenstern bereits vor über 100 Jahren. »Lachen hilft in herausfordernden Zeiten, Stress und stressvolle Gedanken zu reduzieren, das Immunsystem nachweislich zu stärken und Glückshormone auszuschießen« betont Griebeling. »Und das alles auch, wenn es gar keinen Grund zum Lachen gibt.«

Griebeling – der von sich sagt, er sei ein Sommertyp, ein Sonnentyp – nimmt alle Hinweise sehr ernst, um Corona in seiner Verbreitung keine Chance zu geben. »Ich mag kein kaltes, graues Wetter und habe die Wintermonate früher meist in wärmeren Gegenden verbracht«, bekennt der Lachtherapeut. Das geht nun nicht mehr. Ebenso wenig wie das Wetter, könne er Corona ändern. Dann zitiert er Karl Valentin, der gesagt habe: »Ich freue mich wenn's regnet, denn wenn ich mich nicht freue, regnet's auch.« Ebenso führe Lachyoga nicht dazu, dass man diese Dinge, die man nicht mag, gut findet. »Aber man leidet nicht mehr so lange und so heftig«, versichert der Trainer.

Lachen und Lachyoga funktioniert in Gruppen besonders gut, ist ansteckend, macht sehr viel Spaß und hilft den Menschen. Vor dem Februar 2020 gab Bewegungstherapeut Griebeling zahlreiche Kurse und Workshops in Kulturzentren, Schulen, Reha-Einrichtungen und Unternehmen.

Die Technik des Lachyoga wurde 1995 vom indischen Arzt Madan Kataria aus Mumbai entwickelt und verbreitet. Inzwischen gibt es weltweit mehrere Tausend Lachclubs, in denen sich Freunde der Klatsch-, Dehn- und Atem- und Lachübungen zusammenfinden. Jeden ersten Sonntag im Mai feiern sie seit über 20 Jahren den Weltlachtag.

Dieses Jahr ist ein besonderes Jahr für die Lachyoga-Bewegung, versichert Griebeling: Sie feiert ihr 25-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass lädt er zu wöchentlichen Online-Lachyoga-Treffen ein. Jeden Dienstag zwischen 11.00 und 11.30 Uhr bietet Egbert Griebeling einen kostenlosen Zoom-Lachclub an. Die Zugangsdaten sind auf seiner Homepage zu finden. So kann in der Gruppe – ohne direkten Körperkontakt – gemeinsam gelacht werden. »Wir sind körperlich auf Distanz, bleiben aber emotional verbunden«, freut sich Griebeling. »Gerade erreichen wir

mit Lachyoga mehr Menschen als je zuvor.«

Link: www.lachyoga-sonne.de

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kaffee Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

Freiheit versus Sicherheit

Die Plattitüde dass, wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen am Ende beides verlieren wird, erfreut sich in Zeiten der Pandemie großer Beliebtheit. Neu ist allerdings, dass sich die übliche Gegnerschaft von freiheitsliebenden Linken und sicherheitsbedachten Rechten umgekehrt zu haben scheint.

JOHANNES JUNG, BERLIN

Ich habe die Bedeutung des Zitates immer als eine Wahrheit über eine wechselseitige Struktur von Freiheit und Sicherheit verstanden – als Dialektik eben. Wenn sich also in der Pandemie wieder die Frage stellt: »Freiheit oder Sicherheit?«, sind wir dann gesellschaftlich nicht hinter die Versöhnung der beiden zurückgefallen?

In Deutschland wird jede Maßnahme als eine Freiheitseinschränkung zugunsten einer Sicherheit – der ärztlichen Versorgungssicherheit oder der Sicherung wirtschaftlicher Interessen – wahrgenommen. Diese Wahrnehmung der Maßnahmen und die Bewertung ihrer Verhältnismäßigkeit, egal ob durch Befürworter*innen oder Gegner*innen, erscheint dabei als Nullsummenspiel. Es scheint sich also um eine Entweder-oder-Frage zu handeln.

Befürworter*innen der Maßnahmen vertrauen dabei auf die Notwendigkeit dieser zeitlich begrenzten Einschränkungen (auch weil sie aufgrund hegemonialer Verwertungsimperative alternativlos erscheinen und den Bürger*innen sogar ein Stück weit eine paradoxe Verantwortungsübernahme und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Wohl – durch gesellschaftliche Enthaltung – ermöglicht). Auf der anderen Seite ziehen die Gegner*innen für ihre Freiheit ins Feld, nicht bereit, einen Teil davon für die Sicherung ihrer eigenen und der gesellschaftlichen Gesundheit preiszugeben. Es scheint sehr einfach, hier Stellung zu beziehen.

Während Links-liberale gesellschaftliche Abhängigkeiten eher als Vorbedingungen ihrer Freiheit und damit als schützenswert erachten, betonen Rechte ihre Unabhängigkeit und (geglaubte) Autonomie als strukturelle Voraussetzung zur freiwilligen Teilnahme an der Gesellschaft. So weit, so alt der Hut.

Auf der einen Seite wird also die Befolgung der Maßnahmen identitätspolitisch aufgeladen. Alltägliches, singuläres Handeln wird einmal mehr – viel drastischer als der Konsum von Bio-Produkten das jemals vermocht hat – zum heiligen Gral gesellschaftlicher Fortschrittlichkeit und Verantwortungsübernahme stilisiert; ganz so, als gäbe es die Institutionen nicht, deren Aufgabe es ist, individuelles Handeln zu kollektivieren.



▲ In der gesamten Innenstadt von Frankfurt muss jetzt auch im Freien und auf dem Fahrrad eine Maske getragen werden.

Foto: 7CO / flickr.com (CC)

Versagen staatlicher Institutionen

In diesem uralten Spannungsfeld politischer Grabenkämpfe wird einmal mehr die Lösung des komplexen gesellschaftspolitischen Problems der Versöhnung von Freiheits- und Sicherheitsansprüchen zu einer Geschmacksfrage verelendet. Dabei sollte dieser Konflikt im modernen Staat schon längst versöhnt sein. Die staatlichen Institutionen tragen die Verantwortung für die Wahrung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialhilfe, Infrastruktur oder Katastrophenschutz. Damit sollte dem Konflikt zwischen dem linken Primat der Abhängigkeit und dem rechten Primat individueller Freiheit zumindest im Ansatz die Schärfe genommen sein. Im modernen Staat vereint sich sowohl die Garantie individueller Freiheitsrechte als auch die Garantie der Versorgung mit den eben genannten, gesellschaftlich notwendigen Gütern.

Es geht also keineswegs um die Frage, ob wir ganz persönlich die individuelle Freiheit oder die gesundheitliche Sicherheit präferieren. Dass es so scheint, als müsste man sich in der Pandemie für eines der beiden entscheiden, ist indikativ für ein Versagen unserer staatlichen Institutionen, denen die Verantwortung für die Aussöhnung der beiden Positionen eingeschrieben und übertragen ist.

Beispiel Bildungspolitik

Ein gutes Beispiel hierfür ist das Bildungswesen. Eine digitale Lehre, die ihre Erprobung erst im Ernstfall erfährt, kann nur scheitern – das wird niemanden wundern. Was aber vielleicht nicht einmal Expert*innen geahnt haben ist, dass das Versäumnis der Ausfinanzierung von Schulen und die Versorgung mit technischen und fachlichen Kompetenzen zur digitalen Lehre durch eine Pandemie von einem bildungspolitischen Fiasko zu einer Gesundheitsgefahr wird. Dass die neoliberale Mangelwirtschaft nicht nur den Haushalt schmälert, sondern im Ernstfall die bürgerliche

Kleinfamilie an den Rand des Nervenzusammenbruchs bringt, mag auch niemand geahnt haben. Im Gesundheitswesen spielt sich Ähnliches ab und dass, obwohl die Beschäftigten des Sektors seit vielen Jahren vor Unterversorgung und Missständen warnen.

Aber wozu, verdammt nochmal, müssen wir überhaupt alles ahnen, wenn wir doch Bildung und Gesundheit an politische Institutionen geknüpft haben, deren Aufgabe die Sicherung und Wahrung ihrer Funktionalität ist? Wer hat denn hier nicht nur das Aufkommen des Internets verpennt, sondern in so grober Fahrlässigkeit die öffentlichen Einrichtungen kaputt gespart, dass wir jetzt scheinbar nur noch wählen können, ob wir duckmäuserisch eine Maske tragen und zu Hause bleiben (außer wenn wir unsere Arbeitskraft verscherbeln) oder in völlig verblödeter Heldenstilisierung unsere individuelle Freiheit und die aller anderen »verteidigen« und dabei zum Gesundheitsrisiko für andere werden? Beide Positionen verkennen den Fakt, dass wir in einer repräsentativen Demokratie die Verantwortung für die Wahrung von Freiheit, Sicherheit, Gesundheit, Bildung etc. delegiert haben.

Die Pandemie lehrt uns, dass der berühmte Satz Benjamin Franklins einer Reformulierung bedarf: »Wenn der Staat Sicherheit nicht schafft, um Freiheit zu gewinnen, wird die Gesellschaft am Ende beides verlieren.«

Damit ist dann nicht die Vorratsdatenspeicherung und Massenüberwachung legitimiert – denn Sicherheit und Überwachung sind auf keinen Fall dasselbe –, sondern die politische Forderung formuliert nicht nur, den Sicherheitsapparat krisensicher auszufinanzieren und handlungsfähig zu machen, sondern auch die Institutionen gesellschaftlicher und kultureller Reproduktion abzusichern. Denn sonst müssen wir, wie derzeit, unsere Freiheiten abgeben UND gleichzeitig unsere Gesundheit riskieren, weil zum Beispiel die Schulen ihre Funktion aufgrund ihrer Rückständigkeit nur in analoger Form erfüllen können.

Wir verlieren im Wochentakt neue individuelle Freiheit, um auszuglei-

chen, dass der Staat sich durch seine neoliberalen Doktrinen seit Jahrzehnten langsam seiner Verantwortung entzogen hat. Gleichzeitig reiben sich bürgerliche Presse und Teile des bürgerlich-linken Spektrums lieber im Antagonismus zu Querdenken auf. Natürlich kann man Querdenken nicht einfach tolerieren, solange es ein Tummelplatz für Faschist*innen ist. Querdenken ist aber nicht die Wurzel, sondern der ausgedörrte Nährboden auf dem die faschistische Ideologie am besten gedeiht. Dieser Nährboden der politischen Bewegung ist zunächst Unzufriedenheit – darin unterscheiden sich linke und rechte Bewegungen nicht. Aber solange die »links-grün-versifften« Meinungsführer*innen sich damit begnügen, jeden Teil des Feldes, in dem (auch) der Faschismus gedeiht, für verbrannten Boden und politisches Brachland zu erklären, verfestigt sich der Antagonismus und man schlägt sich auf die Seite der Politik, den eigentlich Verantwortlichen – und wird so zum Teil des Problems.

Der Karren der neoliberalen Politik

Wenn die linken Kräfte sich weiterhin im unbedingten (!) Kampf gegen den Faschismus absorbieren und dabei übersehen, dass sie sich damit leider auch vor den Karren der neoliberalen Politik spannen lassen, werden politische Bewegungen zu einem undynamischen kalkulierbaren Theater.

Alle wollen das gleiche: funktionierende Versorgung mit Gütern gesellschaftlicher Reproduktion und dadurch Sicherung persönlicher und gesellschaftlicher Freiheiten und Handlungsspielräume. Aber weil der Staat jenen Anforderungen nicht gerecht wird, tritt jede Seite wieder für ihre singulären Forderungen ein – mit denen sie sich dann wieder scheinbar diametral gegenüberstehen. Und der Faschismus reibt sich die Hände und nutzt die Situation schamlos aus, mobilisiert die freiheitsliebenden Rechten, vergrault Liberale und hält Linke und Antifaschist*innen in Schach.

In eigener Sache

Viele Gruppen und Projekte führen zurzeit interne Debatten, wie sie zur Corona-Pandemie, den staatlich verordneten Schutzmaßnahmen und den gesellschaftlichen Folgen stehen. Meinungen und Positionen gehen auseinander, einen Konsens zu finden fällt schwer – das können wir sogar in der Wissenschaft beobachten.

Unserer CONTRASTE-Redaktion geht es nicht anders: Bei unserem Winterplenum (siehe Bericht auf Seite 2) haben wir uns viel Zeit genommen, um über unsere subjektive Sicht auf Corona zu sprechen und Themen für unsere Zeitung daraus abzuleiten. Wir waren uns einig, dass wir als alternatives Medium nicht an diesem Thema vorbeikommen, auch wenn unter den Redakteur*innen die Einschätzungen der Lage unterschiedlich sind.

Ein erster Schritt sind die drei Beiträge auf Seite 6 und Seite 7. Während die Beiträge auf Seite 7 unterschiedliche individuelle Positionen abbilden, anhand derer sich Gruppen spalten können, versucht der Beitrag auf Seite 6 den Konflikt auf eine strukturelle Ebene zu heben, um genau diese individuellen Konflikte zu vermeiden und zu gemeinsamen Strategien darüber hinaus zu finden. Wir wollen so unterschiedlichen Positionen Raum geben und einen Teil der Debatte abbilden.

Darüber hinaus sind wir aber der Ansicht, dass unser Thema »Selbstorganisation« aktueller als je ist, und wir daher der Corona-Diskussion keinen zu großen Raum einräumen wollen. Wir wollen unseren Fokus weiterhin auf selbstorganisierte Projekte und Bewegungen richten und dabei in den nächsten Ausgaben noch genauer hinschauen, welche Folgen die Corona-Pandemie für solche Projekte hat, was sich auch unter Krisenbedingungen bei ihnen besonders bewährt und wie Perspektiven für die Zukunft aussehen. Dem Gesundheitssektor widmen wir dazu den Schwerpunkt in unserer Sommer-Ausgabe. Ein weiteres Thema wird die Meinungsfreiheit (speziell im World Wide Web) sein, dem wir uns anhand von alternativen Online-Plattformen wie PeerTube annähern möchten.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Soldatische Herde mit abständischer indogener Genetik in Oaxaca - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

LOCKDOWN + KAPITALISMUSKRITIK + SOLIDARITÄT

#ZeroCovid

Aus Ärger darüber, dass es keine Partei oder politische Gruppierung gibt, die vernehmbar eine Eindämmung des Virus einfordert, wurde die Initiative #ZeroCovid gestartet. Eine der Erstunterzeichner*innen ist Antje Schrupp. Die Fragen an sie stellte CONTRASTE-Redakteurin Brigitte Kratzwald.

CONTRASTE: Antje, was verspricht du dir von dieser Initiative? An wen richten sich die Forderungen?

Antje Schrupp: Man kann das Virus nicht mit halbherzigen Maßnahmen unter Kontrolle halten. Denn sobald man dann lockert, gehen die Zahlen wieder hoch. Wegen diesem Ping-pong haben wir in Europa inzwischen Hunderttausende von Toten und ein seit Monaten lahmgelegtes gesellschaftliches Leben. Dabei hat die Wissenschaftsbloggerin Thi Nguyen-Kim voriges Jahr schon Anfang April in einem millionenfach geklickten Video vorgerechnet, dass »Flatten the Curve« scheitern muss. Trotzdem verfolgen alle demokratischen Parteien weiterhin genau diesen Kurs! Mit unserer Forderung nach einem Strategiewechsel, also weg von »Flatten the Curve« hin zu »Zero Covid«, richten wir uns sowohl an die Bevölkerung als auch an Leute, die Entscheidungen treffen. Und wir dringen darauf, dass eine solche Strategie unbedingt auf Basis von Solidarität umgesetzt werden muss. Inzwischen gibt es ja auch wissenschaftliche und epidemiologische Stimmen, die für »No-Covid« plädieren, aber es für eine linke Spinnerei halten, wenn man das mit Kapitalismuskritik und Forderungen nach Solidarität verbindet. Für mich ist das okay: Besser wir streiten über den richtigen Weg zur Eindämmung des Virus, als dass wir eine solche Option gar nicht diskutieren.

Hältst du das Ziel für realistisch, die Ansteckungen auf Null zu reduzieren und das Virus wieder aus der Welt zu schaffen?



▲ Leere Einkaufsstraßen in der Vorweihnachtszeit: So sah der deutsche Lockdown im Dezember aus.

Foto: Transformer18 / flickr.com (CC)

Möglich ist es definitiv, es muss ja nur konsequent die Reproduktionsrate unter Eins gehalten werden. Die Frage ist, ob es gesellschaftspolitisch durchsetzbar ist. Da bin ich in der Tat skeptisch, weil es eben starke Gegenkräfte gibt. Wir haben leider keine politische Kultur, die gemeinschaftliches, solidarisches Handeln fördert, sondern wir leben eigentlich nach der Maxime »Jeder denkt zuerst an sich«. Das sieht man ja auch an der Art und Weise, wie die Corona-Politik diskutiert wird: lauter partikulare Interessensgruppen, die ihre jewei-

ligen Forderungen aufstellen. Auf dieser Grundlage geht es natürlich nicht. Oder es ginge nur mit autoritären Maßnahmen. Allerdings möchten wir mit unserem Appell gerade auch auf dieses Defizit hinweisen, also sagen: »Lasst uns unsere politischen Parameter verändern, weil die Herausforderungen einer globalen Welt das notwendig machen!« Das Dilemma, das bei der Bekämpfung von Covid sichtbar wird, ist ja exakt dasselbe, das auch effektive Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe verhindert.

Was macht dich so sicher, dass die Gesellschaft noch strengere Maßnahmen über einen längeren Zeitraum verkraften kann?

»Zero Covid« bedeutet nicht strengere Maßnahmen über einen längeren Zeitraum, sondern sehr strikte Maßnahmen, aber über einen kürzeren Zeitraum! Je später und je halbherziger Maßnahmen sind, desto länger müssen sie sich hinziehen, diese Logik dürfte doch inzwischen klar sein. Hätten wir zum Beispiel im Oktober, als die Zahlen zu steigen anfangen, sofort einen konsequenten Lockdown von vier bis sechs Wochen eingeleitet, wären wir heute gar nicht in dem Schlamassel! Von daher: Nein, die Gesellschaft kann strenge Maßnahmen über einen langen

Zeitraum nicht gut verkraften. Genau das ist aber der Punkt: Bei einem Virus, das sich unkontrolliert ausbreitet, bleibt den Verantwortlichen gar nichts anderes übrig! Das jetzige Vorgehen, nämlich immer nur grade so viel Lockdown wie unbedingt nötig anzuordnen, schadet vor allem den weniger Privilegierten. Sie leiden nicht nur am meisten unter den endlosen Maßnahmen, sie haben auch noch ein viel größeres Ansteckungsrisiko, wenn sie zum Beispiel den ganzen Tag im Supermarkt an der Kasse sitzen müssen. Ein hundertprozentiger individueller Schutz ist gegen ein so infektiöses Virus wie Corona nun mal nicht möglich. Wenn es ungebremst zirkuliert, sind die prekär Beschäftigten am meisten gefährdet. Und natürlich die Menschen aus den Risikogruppen, die ja in der Regel Hilfe brauchen, also unweigerlich Kontakte haben. Wer behauptet, es wäre möglich, sie zu schützen, ohne die Infektionszahlen runterzubringen, macht falsche Versprechungen. Das Virus unter Kontrolle zu bringen – und Kontrolle heißt eben: man zielt auf Null – ist die Voraussetzung dafür, dass Maßnahmen gelockert werden können.

Welche demokratischen Prinzipien werden in der Kampagne aus deiner Sicht aufgegriffen?

Das wichtigste Prinzip ist wohl, dass jedes Menschenleben wertvoll ist, dass also eine Gesellschaft nicht die Schwächeren opfern darf, damit die anderen relativ glimpflich aus einer Gefahr herauskommen. Ich finde, dass eine politische Strategie, die Zigtausende Tode bewusst hinnimmt, für eine Demokratie nicht akzeptabel ist. Unterm Strich läuft es einfach darauf hinaus, dass wir als Menschheit nur in Würde überleben, wenn wir uns als solidarische Gemeinschaft verstehen. Vielleicht lernen wir das in dieser Pandemie auf die harte Tour.

KEINE GRUNDLAGEN FÜR LOCKDOWN

Blindflug seit einem Jahr

Läden sind geschlossen, EinzelhändlerInnen, GastwirtInnen und KünstlerInnen stehen kurz vor der Pleite, Veranstaltungen können nicht stattfinden – und ein Ende des Lockdowns ist noch nicht in Sicht. Maskenpflicht, faktische Berufsverbote und Ausgangssperre wurden von der Bundeskanzlerin und den MinisterpräsidentInnen hektisch und meist am Parlament vorbei beschlossen. Dabei fehlen für diese einschneidenden Maßnahmen die Beweise und Grundlagen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Was muss man sich in letzter Zeit nicht alles anhören, wenn man den Lockdown für völlig übertrieben hält und die drakonischen Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen am besten sofort beendet haben will? – »Coronaleugner«, »Verschwörungstheoretiker« oder »geh doch ins Altenheim arbeiten« sind noch die harmlosen Beschimpfungen.

Doch wo ist das Problem in einer sich eigentlich demokratisch und pluralistisch nennenden Gesellschaft, wenn man seit einem Jahr den Eindruck äußert, dass die offiziell erzählte Geschichte nicht stimmen kann – und diese Meinung mit jeder Recherche weiter bestärkt wird? Warum werden fundierte Recher-

chen, die das durch Bundesregierung und Mainstream-Medien verbreitete Narrativ in Frage stellen, entweder kaum beachtet oder in die Ecke von »Verschwörungen« gestellt?

Beginnen wir doch mit dem vorgezogenen Beschluss zur Verschärfung des Lockdowns am 19. Januar, der mit hohen Infektionszahlen und mutierten Virusvarianten begründet wurde. Die realen Zahlen deuteten eher auf Entspannung hin, denn die Fallzahl der sogenannten Neuinfektionen sank in den Tagen vor der Entscheidung deutlich, die Reproduktionszahl lag während fünf Tagen unter Eins und sogar die Zahl der »Covid«-PatientInnen in Intensivbetten verringerte sich seit Anfang des Jahres. Zu den neuen Virusvarianten erklärte RKI-Chef Wieler, sie seien vermutlich infektiöser, aber zur Gefährlichkeit sei noch nichts bekannt. Doch reichen Vermutungen wirklich aus, um einen Lockdown weiter zu verschärfen?

Krankenhäuser wurden geschlossen

Auch eine Recherche zur maßgeblichen Begründung des November-Lockdowns bringt Widersprüchliches zu Tage, denn die zunehmend vollen Intensivstationen waren kaum auf gestiegene »Corona«-Zahlen

zurückzuführen: Wie das sogenannte DIVI-Intensivregister zeigt, veränderte sich die Zahl der PatientInnen seit Monaten kaum, hingegen sank die Kapazität der freien Betten auf Intensivstationen von Mitte Oktober bis kurz vor Weihnachten um etwa 45 Prozent!

Der Grund für diese Entwicklung dürfte neben einem Mangel an Pflegepersonal ein fataler Beschluss des Bundestages sein: Die aktuelle Änderung des dritten Bevölkerungsschutzgesetzes sorgte für finanzielle Fehlanreize, damit Krankenhäuser leere Betten möglichst vermeiden. Außerdem dokumentierte der Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand«, dass letztes Jahr bundesweit 20 Krankenhäuser mit etwa 2.000 Betten geschlossen wurden. Sieht so eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik aus?

PCR-Tests nicht aussagekräftig

Die offizielle Geschichte einer »epidemischen Lage von nationaler Tragweite« wird zudem an einer zentralen Stelle immer unglaubwürdiger – nämlich bei der Aussagekraft der Fallzahlen, die vor allem auf den Ergebnissen der sogenannten PCR-Tests beruhen. Kritische Ärzte bemängeln bereits seit dem Frühjahr

2020, dass diese Tests falsch eingesetzt werden, da sie nur für diagnostische Zwecke bei kranken PatientInnen geeignet seien.

In Sachen Glaubwürdigkeit der Tests hätte eigentlich die Aussage von Olfert Landt, Geschäftsführer des PCR-Hersteller TIB Molbiol, bereits für öffentlichen Wirbel sorgen müssen. Sagte er doch in einem Interview mit der Fuldaer Zeitung kurz vor Weihnachten, dass »etwa die Hälfte aller positiv getesteten Personen nicht infektiös« seien. Eine Quarantäne wäre dann laut Landt nicht nötig gewesen. Doch das Interview wurde von großen Medien nicht aufgegriffen.

Es kam jedoch noch dicker: Am 20. Januar änderte die Weltgesundheitsorganisation ihre Anleitung für die PCR-Tests drastisch, wonach sie »nur als Hilfsmittel für die Diagnose gedacht« seien und nur in Kombination unter anderem mit »den klinischen Beobachtungen« verwendet werden sollen. Würde diese Anleitung in Deutschland angewendet, müssten in der Folge die »Fallzahlen« deutlich sinken, prognostizieren Kritiker wie Dr. Wolfgang Wodarg. Doch auch hier folgte ein großes Schweigen, und dies, nachdem die Falldefinition als Basis für die täglichen Panikmeldungen mal eben grundlegend verändert wurde.

Der Blindflug der Bundesregierung mit ihren mitverantwortlichen »Gesundheits«-PolitikerInnen bzw. PharmalobbyistInnen könnte umgehend beendet werden. Denn die evidenzbasierten Zahlen der sogenannten Sentinelsysteme, die von Fachabteilungen des RKI gepflegt werden, zeigen seit Monaten unterdurchschnittliche Zahlen an Atemwegserkrankungen. »Corona« ist nicht das Problem, es scheint, dass wir gründlich an der Nase herumgeführt wurden. Gefragt sind nun solidarische Ansätze aus der Gesellschafts- und Wirtschaftskrise.

Links:
gemeingut.org
initiative-qualitaetsmedizin.de

ANZEIGE

TIERISCH SOLIDARISCH MIT DER BASIS

JETZT ABO BESTELLEN

www.lateinamerika-nachrichten.de

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

GENOSSENSCHAFTEN

DIGITALISIERUNG

Eine Aufbruchstimmung erzeugen

Bereits zum zweiten Mal haben SEND e.V. und WirGarten e.V. zu einer digitalen Austauschrunde über »Sozial-innovative Genossenschaften« und ihre unbürokratische, gemeinwohlorientierte Gestaltung eingeladen. Ziel der Online-Treffen war, gemeinsame Positionen für die Bundestagswahlen 2021 zu finden. Die gut moderierten Diskussionen verdeutlichten die vielen Möglichkeiten, mehr Schwung und Aufbruchstimmung in die Genossenschaftslandschaft zu bringen.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Zur Umsetzung regionaler und digitaler Geschäftsmodelle sind Genossenschaften aus Sicht von SEND – Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e.V. eine wichtige Rechtsform für neu entstehende Sozialunternehmen. Matti Pannenbäcker, einer der Gründer vom WirGarten-System für die einfache und schnelle Gründung von GemüseGenossenschaften, sieht dies ähnlich. Er ist Verfechter einer digitalen Verwaltung von Genossenschaften: »Einfach, digital, auf das Wesentliche fokussiert und günstig.« Zusammen mit Johanna Kühner von SEND will er »politische Ziele als sozialinnovative Genossenschaften formulieren und diese selbst oder durch Dritte im Rahmen der Bundestagswahl 2021 vertreten.« Beide hoffen so die oft gleichen Herausforderungen, auf die Genossenschaften immer wieder stoßen, gemeinsam mit anderen politisch lösen zu können.

Gemeinsame kritische Reflexion

Das ist leichter formuliert als umgesetzt, wie schon die Leitfragen für das Online-Gespräch zeigten: Was macht sozialinnovative Genossenschaften aus? Welche Rahmenbedingungen brauchen sie, um ihre Wirkung zu entfalten? Welche konkreten Herausforderungen gibt es im Gründungsprozess von Genos-



▲ Nicht nur in Zeiten von Corona: (Solawi-)Genossenschaften können ihre Generalversammlungen auch per Video-Konferenz abhalten.

Foto: Clemens Löcker / flickr.com (CC)

senschaften? Was soll sich auf politischer Ebene zur Förderung sozial-innovativer Genossenschaft ändern? Die Antworten sind unterschiedlich und vielfältig. Eine schnelle gemeinsame Lösung lässt sich nach den ersten Treffen nicht erkennen. Dennoch: Dem Thema Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Digitalisierung geben alle Beteiligten hohe Priorität.

Digitalisierung rechtssicher?

Welche Themenfelder hier als besonders wichtig angesehen werden, lässt sich den Notizen in dem einfachen RetroBoard, genutzt für ein schriftliches Brainstorming, nicht entnehmen. Als Probleme werden genannt: »Der Gründungsprozess für Genossenschaf-

ten ist sehr aufwändig«, »keine digitale Gründung möglich«, »kein digitaler Beitritt«, »keine Standardisierung der Verbände für Kosten und Prozesse«, »Prüfverbände zeigen wenig Interesse an der Digitalisierung«.

Eine Priorisierung lassen auch die dazu genannten Lösungsvorschläge kaum erkennen. Oftmals waren sie nicht unmittelbar mit einem Digitalisierungsansatz verbunden, wenn es zum Beispiel heißt: »Gründungsphase verkürzen – zeitgemäße Anpassung der notwendigen Formalien zur Gründung und Leitung einer Genossenschaft«, »Vorstufe ermöglichen > Mini Genossenschaft«, »Übergang von einer GbR / Verein zu einer eG erleichtern«, »Prüfungen durch zuständige Prüfungsverbände auf die Prüfung des satzungsgemäßen

Handelns begrenzen und die Gebühren senken« oder »Gründungszentren für Genossenschaften / solidarische Geschäftsmodelle«.

Enger auf das Thema Digitalisierung ausgerichtet sind vor allem Anforderungen wie »Rechtssichere Online-Beiträge und -Gründungen ermöglichen«, »Online zeichnen von Anteilen möglich machen«, »Digitale und standardisierte Checkliste für die Gründung«. Betont wurde zudem, dass die im Rahmen von Corona verstärk durchgeführten digitalen Generalversammlungen genossenschaftlicher Unternehmen eine Verallgemeinerung erfahren müssten. Hierfür werden rechtssichere Anleitungen und Umsetzungshilfen benötigt. Auch sollte diese Art der Mitgliederbeteiligung für Gründungen sowie durch

weitere ergänzende datenschutzsichere Formate erweitert werden.

Dazu besteht in der Genossenschaftslandschaft noch viel Nachholbedarf. Einiges ist aber bereits in die Wege geleitet. Beim DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. gibt es eine Arbeitsgruppe, die das Thema digitaler Beitritt zu Genossenschaften bearbeitet. Beim Thema Online-Generalversammlung hat die Hostsharing eG in Hamburg mit der virtuellen Generalversammlung bereits im Jahr 2000 Pionierarbeit geleistet. Vonseiten des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK) wurden hierfür fundierte Satzungsbausteine entwickelt.

Hohe Erfolgsaussichten

Bei der Diskussion war auch Michael Gebhart von der iteratec GmbH München dabei. Das IT-Unternehmen soll Schritt für Schritt in die Hand der Mitarbeiter*innen übergehen, organisiert als Genossenschaft iteratec nurdemteam eG. Er betonte, in die Durchführung von Online-Generalversammlungen hätten sie viel Arbeit hineingesteckt. Dazu existiert eine Software-Lösung mit dem Namen DecentraVote, um Abstimmungen virtuell durchzuführen. Entsprechende Unterlagen für Satzung und Umsetzung könnten nun auch andere interessierte Genossenschaften nutzen. Insofern lässt sich festhalten: Die Initiative, für sozialinnovative und digitale Genossenschaften für die kommende Bundestagswahl etwas auf den Weg zu bringen, birgt durch die hohe Beteiligungsbereitschaft und die »geballte Kompetenz« vieler engagierter Genossenschaftler*innen hohes Erfolgspotential.

Positionspapier von SEND zu Genossenschaften im digitalen Zeitalter:

<https://tinyurl.com/yxogmoex>

Hosting für Genossenschaften:

<https://tinyurl.com/yyuqq3vf>

Muster virtuelle General- bzw. Vertreterversammlung:

<https://tinyurl.com/y4nn3l1t>

GENOSSENSCHAFTSFORSCHUNG

Das Gemeinwohl fördern

Das aktuell laufende Forschungsprojekt »Teilgabe« untersucht den Zusammenhang zwischen Genossenschaften und Gemeinwohl. Bei diesem Verbundprojekt arbeitet das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) mit dem Seminar für Genossenschaftswesen in Köln und der Universität Hamburg (Fachbereich Sozialökonomie) zusammen. Ziel ist, mit der Untersuchung und Gestaltung verschiedener Formen der genossenschaftlichen Kooperation und Vernetzung die Entwicklung gemeinwohlfördernder Strukturen der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

CHRISTIAN LAUTERMANN, BERLIN

In nahezu allen Wirtschaftsbereichen finden sich zivilgesellschaftliche Initi-

ativen mit neuen Gestaltungsansprüchen und Teilhabeforderungen. Sie erproben in praktischen Konzepten neue Formen der wirtschaftlichen und sozialen Versorgung. Solche zivilgesellschaftlichen Wirtschaftsformen werden gegenwärtig vor allem in drei Diskursen behandelt: in den Diskursen über zivilgesellschaftliches Engagement, Genossenschaften und Sozialunternehmertum. Ihnen gemeinsam ist die Idee und Praxis, dass sich Bürger*innen für die Gestaltung des Gemeinwesens engagieren. Dabei werden gemeinwohlorientierte Ziele mit dem Einsatz wirtschaftlicher Mittel verfolgt.

Suche nach Gemeinsamkeiten

In dem Forschungsprojekt »Teilgabe« werden Kernideen der drei genannten Diskurse zu einem Konzept des »kooperativen Wirtschaftens« integriert. Konkrete Ausprägungsformen werden anschließend in branchenbezogenen Fallstudien empirisch genauer untersucht. Im Mittelpunkt stehen in einem weiten Verständnis genossenschaftliche Organisationen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe, die auf Prinzipien der Solidarität und Demokratie beruhen. Dies geschieht

unabhängig davon, ob sie in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft firmieren. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderrichtlinie »Teilgabe und Gemeinwohl« mit einer Laufzeit von dreieinhalb Jahren gefördert.

Die betrachteten Beispiele unterscheiden sich deutlich von eher passiven Formen der Bürger*innenbeteiligung, bei denen es vorrangig »nur« um Teilhabe und Teilnahme an bestehenden Strukturen des Gemeinwesens geht. Stattdessen werden unternehmerische Projekte zivilgesellschaftlichen Wirtschaftens analysiert, die mit ihren kreativen Praktiken und solidarischen Vorleistungen einen proaktiven Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leisten. Genau deshalb wird in dem Vorhaben von »Teilgabe« gesprochen.

Vergleich aktueller Entwicklungen

Durch den Vergleich unterschiedlicher Strategien und Handlungsformen wollen die Forscher*innen ergründen, inwiefern neue Formen zivilgesellschaftlichen Wirtschaftens sich nicht auf Lebenshilfe und spezi-

fische Problemlösungen beschränken. Ihnen geht es darum, zu erkunden, warum und wie strukturbildende Ansätze zur Gestaltung des Gemeinwesens praktisch wirksam werden. Entsprechend gehen sie den Leitfragen nach: Was stellen die Akteur*innen im Sinne einer Gemeinwohlorientierung bereit oder her: Gemeingüter, Versorgungssysteme, Infrastrukturen? Was steht diesem Schaffensprozess im Wege, was kann ihn befördern? Wie können die gebildeten Strukturen dauerhaft erhalten oder besser noch gestärkt werden?

Erkenntnisse für die Praxis nutzen

Die Praxisorientierung erfolgt in Kooperation mit dem CONTRASTE-Redakteur und Genossenschaftsexperten Burghard Flieger von der innova eG. Durch ihn sollen die Forschungsergebnisse dafür genutzt werden, verbundwirtschaftliche Kooperationen in diesem Versorgungsbereich sowie in anderen zum Erfolg zu verhelfen. Mit Hilfe eines übergreifenden Erfahrungsaustauschs geht es darum, entsprechenden Erkenntnisse zur weiteren Verbreitung guter Praktiken in möglichst

vielen Versorgungsbereichen Geltung zu verschaffen.

Auch die Auswahl weiterer empirischer Untersuchungsbereiche steht mittlerweile fest: Die gemeinschaftliche Versorgung mit Lebensmitteln im Rahmen der Solidarischen Landwirtschaft wird der Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Solawi-Genossenschaften als Teil des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft genauer betrachten. Beim IÖW steht die erfolgreiche Etablierung von genossenschaftlichen Verbundstrukturen im Bereich der Bürgerenergie am Beispiel der Bürgerwerke eG im Fokus. Ergänzend untersucht das IÖW als eine Art Querschnittsthema das neue Feld der Plattform Co-ops, deren digitale Konzepte der Kooperation in verschiedenen Versorgungsbereichen zur Anwendung gebracht werden (können). Auch hier liegt das Augenmerk auf den Potentialen kooperativer Dach- bzw. Sekundärorganisationen zur Stärkung der Arbeits- und Entwicklungsfähigkeit von überwiegend kleinen, lokal agierenden Primärorganisationen.

Kontakt: christian.lautermann@ioew.de

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.



FRIDAYS FOR FUTURE KÖLN

SCHWERPUNKT FRIDAYS FOR FUTURE

Einblicke einer Aktivistin

Am Beispiel der Kölner Ortsgruppe von Fridays for Future beschreibt die Aktivistin Mia Germer anschaulich, wie die weltweite Bewegung entstanden ist und mit welchen Herausforderungen sie zu kämpfen hat, insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie. Ein sehr persönlicher Blick auf Highlights und Schwierigkeiten – und in die Zukunft.

MIA GERMER, KÖLN

Wegen der Corona-Abstände haben wir einen Kreis aus den Stühlen gebildet, die im Autonomem Zentrum Köln rumstehen und bequatschen, was in der letzten Woche so passiert ist. Da ist eine Mail von einer Schule, die fragt, ob wir bei ihrer Projektwoche einen Vortrag halten wollen. Es geht um die Bundestagswahl 2021 und was wir als Fridays for Future Deutschland dazu machen wollen. Es werden kleine Gruppen gebildet und große Diskussionen geführt. Und selten sind sich alle einig, so ist das bei einem Plenum. Trotzdem herrscht lockere Stimmung, auch wenn das nicht immer so ist. Es gibt gute und es gibt schlechte Tage.

Diese Feststellung zieht sich durch die gesamte Zeit, die wir jetzt als Schüler*innen-Organisation für Klimaschutz und politische Veränderung aktiv sind. Es fing vor ca. zwei Jahren an, als man hörte, es gäbe wohl die Idee, freitags die Schule zu bestreiken. Auf der ersten Demo waren dann kaum mehr als 20 Leute und es regnete.

Die erste Aufmerksamkeit bekamen wir im Januar 2019. Ich erinnere mich an eine Demo, an der ich mit meinen Freund*innen von Greenpeace teilgenommen habe. Wir bildeten einen Kreis rund um den Bahnhofsvorplatz und haben Laola-Wellen gemacht und waren am nächsten Tag mit Foto im Kölner Stadtanzeiger. Damals ein Grund zum Feiern.

Aber die Organisation steckte noch in den Kinderschuhen. Die Vernetzung in Deutschland war noch nicht weit fortgeschritten und auch in den Medien ging es noch mehr um die Frage, ob wir denn die Schule bestreiken durften, als wirklich um die Inhalte und Themen, die wir vermitteln wollten. Es war, als würde man uns bevormunden, uns sagen: »Ihr seid noch zu jung und wisst nicht, was gut für euch ist. Geht nach Hause!« Oder um es mit den Worten von Christian Lindner zu sagen: »Klimaschutz sollte man den Profis überlassen.«

Doch ich denke, diese Kommentare trugen mit dazu bei, dass Fridays for Future immer mehr Menschen anzog und die Treffen immer häufiger und professioneller wurden. Wie aus Trotz und als wollten wir den Politiker*innen, Journalist*innen und anderen Kritiker*innen beweisen, dass sie sich irrten.

Fantastischer Sommer

Schon am Anfang hatten wir allerdings eine sehr große Unterstützer*innen-Basis und haben sie heute noch: Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften, Verbände für alternative Wirtschaft; es haben uns viele geholfen, um dahin zu kommen, wo wir in Köln heute sind. Deshalb definiert sich Fridays for Future Köln auch als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung, was sich vor allem im »Solidarischen Klimabündnis« zeigt, das wir im September 2019 gegründet haben.

In der ersten Jahreshälfte 2019 wuchs Fridays for Future Deutschland weiter und die Ortsgruppe Köln auch. Bis wir dann im März wieder im Regen auf dem Bahnhofsvorplatz standen, aber diesmal waren wir keine 20 Menschen, sondern 10.000. Im Mai waren es 12.000, und die zentrale Demonstration in Aachen am 26. Juni 2019, eines meiner persönlichen Highlights, war mit 42.000 Teilnehmer*innen geradezu bombastisch.

Für mich war es ein fantastischer Sommer. Ich verbrachte viel Zeit mit Leuten, die mich, im Gegensatz zu vielen meiner anderen Freund*innen, wirklich verstanden und wir fühlten uns energiegeladener und bereit, der Welt zu zeigen, was wir können. Viele der Menschen, die zu Anfang bei Fridays for Future aktiv waren, kamen aus anderen politischen Gruppen, wie auch ich als Mitglied von Greenpeace. Dementsprechend war an Vorerfahrungen einiges vorhanden. Daraus entwickelte sich auch die Organisationsstruktur der Ortsgruppe.

Generell sind wir basisdemokratisch organisiert, das heißt, wir entscheiden die meisten Angelegenheiten in einem großen Plenum, zu dem alle Zugang haben, die daran Interesse haben. Darüber hinaus werden AGs (Arbeits-



▲ Regendemo der F4F in Köln im März 2019

Foto: Herbert Sauerwein

gruppen) gebildet, zum Beispiel zum Thema Finanzen oder Mobilisierung. Die Teilnehmenden wechseln gelegentlich und je nach Kapazität oder unterfordert ist. Es kommen immer wieder Menschen dazu und andere verschwinden einfach, meistens ohne sich zu verabschieden. Also alles in allem ein recht loses Gebilde, zusammengehalten von WhatsApp-Gruppen und Freundschaften.

Und doch hat es funktioniert. Mal mehr, mal weniger gut. Wir haben, zusammen mit unserem Kölner Bündnis, am 20. September 2019 eine Demonstration mit 70.000 Teilnehmer*innen organisiert. Darauf bin ich immer noch sehr stolz. Ich durfte das Bühnenprogramm moderieren und die schier unglaubliche Menge an Menschen, die ich von da oben sehen konnte, geht mir bis heute nicht aus dem Kopf. Das war der Höhepunkt unseres Erfolgs, zumindest was die Zahl der Demo-Teilnehmenden angeht.

Plötzlich die Pandemie

Der Winter kam und mit ihm scheinbar wichtigere Themen und schwindende Menschen, so dass wir schließlich die wöchentlichen Aktionen, die bis dahin unser Markenzeichen gewesen waren, einstellten. Es war eine Kapitulation, aber auch eine Chance, über neue Möglichkeiten nachzudenken, Klimaschutz auf das politische Tableau zu bringen.

Ob es geklappt hätte, wenn Corona nicht gewesen wäre, weiß ich nicht, aber das Virus hat uns auf jeden Fall alles ordentlich schwerer gemacht. Plötzlich war der Klimawandel aus der medialen Berichterstattung verschwunden und wir mit ihm. Ein solcher Rückschlag zieht natürlich die Motivation herunter. Und dass die meisten Menschen sehr mit Schule und ihrem Alltag beschäftigt waren, machte es nicht einfacher, die Organisationsstruktur aufrecht zu erhalten.

Trotzdem ging die Umstellung auf Telefonkonferenzen, die uns die Pandemie aufzwang, erstaunlich glatt. Aber es war klar, dass die Atmosphäre nicht so sein würde, wie wenn wir zusammen in einem Raum sitzen, mit den Händen wedeln, um Zustimmung zu zeigen, gemeinsam essen und Mate trinken. Die Gruppendynamik ist vollkommen anders. Darunter hatte auch unser Plenum zu leiden. Die Telefonkonferenzen hatten immer weniger Teilnehmer*innen, denn wie viele mussten auch wir uns auf eine fast komplett neue Form der Kommunikation einstellen.

Neue Energie

Eigentlich hätten wir Ende April einen Großstreik veranstalten wollen, der, schon fast fertig geplant, direkt in den ersten Lockdown fiel. Ich hatte in dieser Zeit zu viel für die Schule zu

tun, aber ich ziehe immer noch den Hut vor den Menschen, die es geschafft haben, diesen Online-Streik zu organisieren.

Wir haben unseren Live-Stream in der Wohnung einer Aktivistin gedreht, mit Hilfe von Vätern und viel komplizierter Technik. Ich durfte den Live-Stream moderieren, eine große Freude. Also haben wir, Corona und allen Erwartungen zum Trotz, doch etwas auf die Beine gestellt, auch wenn wir uns dabei hoffnungslos überarbeitet haben.

Corona war aber ja noch lange nicht vorbei. Die schwierige Phase kam erst noch. Erst als im Sommer wieder eine erste Demonstration mit physischer Anwesenheit veranstaltet werden durfte, wurde die Gruppe wieder richtig lebendig.

Zu dieser Aktion durften nur maximal 200 Menschen kommen, die Sitz- und Stehplätze wurden mit Kreide auf die glühend heißen Steinplatten vor dem Kölner Dom gezeichnet. Wir waren schon durchgeschwitzt, bevor die Demonstration überhaupt begonnen hatte. Aber es hat sich gelohnt. Der »Kölner Stadtanzeiger« meldete unser Wiedererwachen, auch wenn es danach viele andere Dinge gab, um die wir uns kümmern mussten. Der Tod von George Floyd brachte Tausende auf die Straße, auch in Deutschland. Die Umwelt- und die Antirassismus-Bewegung gehen oft Hand in Hand und so traf man viele Fridays for Future-Aktivist*innen auf den Black Lives Matter-Demonstrationen. Dazu kamen die entsetzlichen Zustände im Flüchtlingslager in Moria an der türkisch-griechischen Grenze. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit und die Tatenlosigkeit der europäischen Regierungen bewegte uns sehr. Also war 2020 ein sehr politischer Sommer, wenn auch vielleicht mit anderem Fokus als noch das Jahr davor. Die Energie war zurück.

Ganz besonders getragen von dem bevorstehenden Großstreik am 25. September 2020. Unter Corona-Richtlinien waren es dieses Mal 7.000 Menschen, die teilnahmen. Aus meiner Perspektive war dies der bestorganisierte Streik. Die Technik funktionierte, die Stimmung war gut und es gab keine dringenden Notfälle, die wir nicht klären konnten. Es war als hätten wir geschrien: »Wir sind noch da. Ihr könnt uns nicht ausblenden.« Die Euphorie war groß. Bis zum nächsten Lockdown, Ende Oktober.

Wir haben zwischenzeitlich Plena mit physischer Anwesenheit veranstaltet, eine Maßnahme, die der Atmosphäre in der Gruppe sehr gut tat. Es schien fast so, als hätten wir die Zwangspause gebraucht, um die richtigen Treffen wieder schätzen zu können. Ich habe deshalb Energie aus dieser Phase geschöpft und diese Motivation und Wertschätzung mit in die erneute Online-Phase genommen, die bis heute andauert. Jedoch sind wir seit Ende Oktober wesentlich aktiver als noch im März/April. Wir haben viele Organisationen und Kampagnen in

Köln unterstützt, zum Beispiel ver.di bei ihren Streiks für eine Tarifierhöhung für Busfahrer.

Nicht nur passiv zuschauen

Außerdem hatten wir in einem Anflug von Spontanität den Einfall, ein Baumhaus zu bauen, zur solidarischen Unterstützung der Aktivist*innen im Dannenröder Wald – eine Aktion Zivilen Ungehorsams. Ich habe das Baumhaus im Volksgarten selbst nicht mit geplant, aber es war eine Aktion, die die ganze Ortsgruppe umfasste. Am Sonntagvormittag besetzten fünf Menschen einen Baum im Volksgarten. Die Meinungen von Zuschauer*innen und die Medienberichterstattung waren überwiegend positiv. Bis Montagmittag blieb der Baum besetzt und wir hatten mit einem Tabubruch, wie auch die wöchentlichen Freitagsstreiks erst ein Tabubruch waren, es geschafft, die Aufmerksamkeit auf die Ungerechtigkeit und den Handlungsbedarf in der Klimakrise zu lenken.

Im Wesentlichen ist es das, was wir seit zwei Jahren tun. Nicht mehr nur passiv zu Hause zuzuschauen. Ob es uns immer gelingt? Ich bitte um Fehlertoleranz und – noch wichtiger – Unterstützung und Beteiligung. Denn was auch immer in den nächsten Jahren passieren wird, wir werden Hilfe brauchen.

Mia Germer ist 17 Jahre alt und bereitet sich auf ihr Abitur vor.

ANZEIGE

Ich HABE genug.
Ich muss nicht immer mehr haben. Und die wirklich guten Dinge im Leben gibt es ja ohnehin umsonst.

Jetzt zum kostenlosen Fernkurs anmelden!

Ich habe GENUG!
Ich fordere eine bessere Welt. Mit Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich und einer intakten Umwelt.

ICH habe genug ...
... Fantasie und Kraft. Gemeinsam mit Gleichgesinnten bewege ich etwas.

www.ichhabegenug.at

SCHWERPUNKT FRIDAYS FOR FUTURE



STRUKTUREN DER F4F-BEWEGUNG

Dezentral, weiß und FINTA

Asuka Kähler ist 17 Jahre alt, Abiturient*in und seit eineinhalb Jahren als eine*r von wenigen People of Colour sowohl in der Frankfurter Ortsgruppe als auch auf der Bundesebene der Fridays for Future aktiv. Für CONTRASTE beschreibt Asuka die aktuellen Strukturen und Entwicklungen der Bewegung.

ASUKA KÄHLER, FRANKFURT

Fridays for Future hat sich seit ihrer Gründung in vielerlei Form weiterentwickelt. Die Prozesse, die zu diesen Entwicklungen geführt haben, sind zum Teil kontinuierlich gewesen, vor allem die inhaltlichen Entwicklungen. Andere entstanden, und entstehen nach wie vor, durch große interne Projekte, beispielsweise Strategieprozesse, Bildungsprojekte und themengebundene Aktionen, die für starke Schübe in bestimmte Richtungen gesorgt haben und sorgen. Antirassistische Arbeit beispielsweise hat im Zuge interner Statements einen massiven Aufschwung erlebt, ebenso wie feministische Arbeit.

Auch kommen verschiedene Entwicklungen in unterschiedlichen Ortsgruppen oder Bereichen der Bewegung unterschiedlich stark zum Tragen, da wir nicht zentral organisiert sind oder gar ein oberstes Entscheidungsgremium haben. Diese Form der dezentralen, ungleichmäßigen Entwicklung ist sicherlich eines unserer Kernmerkmale und ist essentiell dafür, uns flexibel an lokale Gegebenheiten anpassen zu können. Gleichzeitig ist es aber auch eine organisatorische Schwäche, da es dadurch häufig zu Diskussionen kommt, wo vollkommen konträre und oftmals schwer vereinbare Positionen aufeinandertreffen. Dies ist sicherlich auch unserer Entscheidungsstruktur geschuldet, in welcher alle größeren und für die Bewegung als Ganzes relevanten Entscheidungen durch die Ortsgruppen gefasst werden.

Die Ortsgruppen bringen natürlich unterschiedliche Perspektiven mit, wodurch eben genannte Konflikte entstehen, bei denen die Kommunikation oftmals schwierig ist, da zwei oder mehr Ortsgruppen als gesamte, häufig in sehr kurzer Zeit, zu einem gemeinsamen Kompromiss entweder untereinander, oder aber mit einer der bundesweiten Arbeitsgruppen kommen müssen. Eben jene kümmern sich um die bundesweite Arbeit und unterliegen gewissenmaßen den Entscheidungen, die die Ortsgruppen treffen, haben aber dennoch eine gewisse Autonomie in ihren Arbeitsbereichen. Eine absolute Autonomie genießen lediglich die einzelnen Ortsgruppen. Konflikte, die oftmals auftraten, drehten sich häufig um Antikapitalismus/Kapitalismuskritik und Intersektionalität, wobei beide Themen mitt-



▲ Fridays 4 Future vor dem Kölner Dom im Mai 2019

Foto: Herbert Sauerwein

lerweile zumindest einen gewissen Grundkonsens darstellen, und vor allem nur die Ausprägung noch kontrovers ist. Der präsenteste Konflikt ist wohl jener um Zivilen Ungehorsam: ob und in welcher Form Fridays for Future diesen verstärkt praktizieren sollte.

Quote für gewählte Rollen

Interessant ist auch, welche Merkmale Personen aufweisen, die innerhalb von Fridays for Future aktiv sind. Allerdings gibt es dazu keine aktuellen belastbaren Zahlen. Eine Studie vom Sommer 2019 ergab, dass um die 70 Prozent der Teilnehmer*innen von Fridays for Future FINTA¹ waren, eine Zahl, die sich auch in den Organisationsstrukturen, wenn auch lange Zeit nicht in gewählten Positionen, sprich als Delegierte oder AG-Sprecherinnen, in der Bewegung widerspiegelt hatte. Mittlerweile liegt das Verhältnis wohl näher an einer 50/50-Verteilung, auch was die Besetzung gewählter Rollen angeht. Für diese gibt es mittlerweile feste Quoten, wobei mindestens die Hälfte der Plätze an FINTA geht.

Auch lässt sich eine Veränderung der Tendenz im Alter beobachten. Als eine Bewegung, die vor zwei Jahren von Schüler*innen gestartet wurde, die sich damals meist in ihren Abschlussjahren befunden haben, ist vor allem in den bundesweiten Strukturen der Anteil der studierenden Personen um einiges gestiegen, entsprechend auch das Durchschnittsalter. In den Ortsgruppen ist das, soweit dies einschätzbar ist, eher weniger der Fall, da dort konstanter junge Personen nachrücken, während auf der Bundesebene vor allem Menschen aktiv sind, die bereits länger dabei sind.

Über den sozio-ökonomischen Hintergrund lassen sich wahrscheinlich am schwierigsten zuverlässige Aussagen treffen. Es lässt sich wohl aber nach wie vor davon ausgehen, dass eine Mehrheit der aktiven Personen Abitur hat oder dieses anstrebt und eher aus der gesellschaftlichen Mittel- bis Oberschicht stammt. Dies hat sich wohl in den vergangenen zwei Jahren am wenigsten verändert.

Doch wirklich schockierend ist wohl der Anteil an BIPOC² in der Bewegung. Dass Fridays for Future eine von Beginn an sehr weiß dominierte Bewegung war, steht wohl außer Frage. Es

ist traurig zu beobachten, dass sich daran auch nach zwei Jahren nichts signifikant geändert. Zwar gibt es auch hier keine konkreten Zählungen, doch lässt sich stark davon ausgehen, dass der Anteil an BIPOC in den Organisationsstrukturen (deutlich) unter fünf Prozent liegt. Diese Zahl bestätigt sich in nahezu jeder bundesweiten Arbeitsgruppe, oftmals liegt der Anteil eher um die zwei bis drei Prozent, in manchen Arbeitsgruppen und auch Ortsgruppen in Großstädten sogar bei 0. Auch eine Stadt wie Frankfurt mit einem BIPOC-Anteil von um die 60 Prozent in der Bevölkerung kommt nicht über knapp zehn Prozent in den Strukturen hinaus. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass FFF eine weiß dominierte, stärker von FINTA geprägte Schüler*innen/Student*innen-Bewegung ist.

¹ FINTA ist eine Abkürzung, die ausdrücken soll, wer in bestimmten Räumen oder zu bestimmten Veranstaltungen willkommen ist. Sie steht für Frauen, Inter Menschen, Nicht-binäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen.

² BIPOC ist die Abkürzung von Black, Indigenous, People of Color

BUCHREZENSION

Eine erste politikwissenschaftliche Analyse

Die Klimakrise scheint im Jahr 2020 durch die Coronakrise abgelöst zu sein. Gehört damit auch Fridays for Future (FFF) der Vergangenheit an? Um diese Frage zu beantworten und um die Besonderheiten von FFF als neue soziale Bewegung zu verstehen, ist der im transcript Verlag vorgelegte Band bestens geeignet.

HERBERT KLEMISCH, LEVERKUSEN

Entstanden ist das auch von den Herausgebern Sebastian Haunss und Moritz Sommer vor vor dem Hintergrund eines Aufrufs schwedischer Wissenschaftler, sich an einer internationalen Befragung der Protestierenden zu beteiligen. Dieser wurde in Deutschland von Wissenschaftler*innen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) aufgegriffen, zu der auch die Herausgeber und einige Autor*innen des Bandes gehören. Ein besonderes Kennzeichen ist, dass dieser Band nicht nur von Wissenschaftler*innen, sondern auch von Studierenden der Universität Bremen im Rahmen eines Forschungsseminars erstellt wurde.

Der Sammelband gliedert sich in zwölf Kapitel. Nach der Einleitung werden im zweiten Kapitel die Ergebnisse der Befragungen bei den Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019 vorgestellt. Kapitel 3 vergleicht die Bewegung in Belgien, Deutsch-

land, Italien, Österreich, Polen, Schweden und der Schweiz. Die Bewegungsforscher Dieter Rucht und Dieter Rink analysieren im vierten Kapitel, wie die Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future in ausgewählten Städten verlaufen sind. Die Kapitel 5 und 6 schauen hinter die Kulissen der lokalen Protestform FFF, als zunächst wöchentliche Kundgebung bzw. beleuchten die Schulstreiks als eine spezifische Aktionsform des Zivilen Ungehorsams und die Reaktionen darauf. Kapitel 7 beschreibt am Beispiel von Bremen und Bremerhaven die Entscheidungsstrukturen in den Ortsgruppen von FFF. Das Verhältnis von FFF zu den traditionellen Umweltverbänden steht im Fokus von Kapitel 8. Kapitel 9 analysiert den Erfolg von FFF in der Medienberichterstattung. Kapitel 10 beschreibt die Unterstützungsstrukturen, die zur Erweiterung der Bewegung beigetragen haben, unter anderem durch »Scientists for Future« oder »Parents for Future«. In Kapitel 11 erklärt der Jugendforscher Klaus Hurrelmann mit Erik Albrecht, wie eine Generation entsteht und definiert die Protestgeneration der nach dem Jahr 2000 Geborenen als »Generation Greta«. Abgeschlossen wird der sehr vielschichtige und informative Band mit einem Resümee der Herausgeber.

Die Wirkung der Proteste scheint zwar, gemessen an dem eigenen Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken, gering zu sein.

Andererseits sind die Bereitschaft zum politischen Engagement und zur Änderung des Konsumverhaltens genauso wie der Aufschwung von Bündnis 90/Die Grünen, die angekündigte CO₂-Bepreisung durch das Klimakabinett oder die Ausrufung des Klimanotstands in etlichen Kommunen indirektes Resultat der Aktivitäten von FFF.

Der Boden war bereitet

Dafür verantwortlich sind »günstige Gelegenheitsstrukturen«, wie es die Herausgeber Moritz Sommer und Sebastian Haunss benennen. Damit meinen sie, dass im Gegensatz zu anderen Protestbewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung der Boden für die Klimaschutzaktivitäten von FFF schon bereitet war. Durch umfangreiche Informationen zum Thema, die Einstellung der Bevölkerung zum Klimaschutz und die Aktivitäten von Umweltverbänden war bereits Vorarbeit geleistet. Eine Facette des Mobilisierungserfolgs von FFF lag sicherlich auch in der Person Greta Thunbergs als Erfinderin des Schulstreiks. Die Form des Schulstreiks sorgte für Kontroversen und führte zu polarisierenden Gegentönen aus der Politik, die FFF weniger geschadet haben als ihren Kritiker*innen.

FFF ist es gelungen, den Klimawandel aus der Abstraktion zu holen und mit der Dringlichkeit sofortigen Handelns zu verbinden. Dabei sind

die Forderungen einfach, ideologisch unverdächtig und ausgesprochen moderat, indem sie sich auf die Einhaltung der Klimaschutzziele und den breiten wissenschaftlichen Konsens berufen und damit eine Anschlussfähigkeit für Verbündete herstellen. Die etablierten Umweltverbände sehen FFF daher nicht als Konkurrenz.

Wie es mit FFF weitergeht, dafür gibt es ein paar Knackpunkte. Da sind zum einen die Herausforderungen und Chancen, die in der Corona-Pandemie liegen und in der Zielkonkurrenz von Klimaschutz und wirtschaftlichen Folgeschäden der Pandemie ihren Ausdruck finden. Es gibt aber auch interne Probleme wie die Überlastung der Aktivist*innen oder der Zielkonflikt zwischen Bewahrung der Eigenständigkeit und Vereinnahmung durch Unterstützer*innen.

Deutlich wird, dass die Politikwissenschaft etliche Erkenntnisse zur Erklärung, aber auch zur Weiterentwicklung einer nachhaltigen Protestbewegung beisteuern kann.

Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hg.): **Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel - Konturen einer weltweiten Protestbewegung**, transcript Verlag, Bielefeld 2020, 260 Seiten, 22 Euro.

Kostenlose PDF-Version unter: <https://tinyurl.com/y5ywb1ak>



KITA-PARENTS FOR FUTURE

Klimaschutz im Kindergarten

Die »Kita-Parents for Future« sind Eltern von Kindergartenkindern, die in ihrer Kita aktiv werden, um Klimaschutz auch dort umzusetzen.

ANJA KREITMEYER UND CAROLIN STASCH, BERLIN

Im Februar 2019 haben sich zur Unterstützung der »Fridays for Future«-Initiative Eltern zusammengetan, um bei den Streiks der Schüler*innen zu helfen. Innerhalb kurzer Zeit bildeten sich zahlreiche Ortsgruppen. Nicht nur Eltern, auch Onkel und Tanten, Großeltern und andere engagierte Erwachsene beteiligten sich in den mittlerweile knapp 300 Gruppen in ganz Deutschland von Kiel bis Passau, in Großstädten ebenso wie in kleinen Gemeinden. Vom Handwerker bis zur Ärztin sind quer durch die Gesellschaft die verschiedensten Berufsgruppen vertreten, frischgebackene Eltern ebenso wie Großeltern, die mit und für ihre Kinder und Enkel zu den Streiks gegangen sind, alle mit dem einen Ziel: gegen die Erderwärmung aktiv zu werden, um eine lebenswerte Zukunft für alle möglich zu machen. Die Treffen vor Ort, um Streiks zu unterstützen und Aktionen vorzubereiten, waren durch digitale Vernetzung begleitet, die insbesondere im letzten Jahr wegen Corona an Bedeutung gewonnen hat. Ein Austausch findet mittlerweile fast ausschließlich über das Internet statt, was bei bundesweiten Vernetzungstreffen schon vorher genutzt wurde. Aktuell wird der nächste Klimastreik geplant, der unter Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen am 19. März 2021 stattfinden wird.

Aus den Gruppen der »Parents for Future« heraus haben sich die »Kita-Parents for Future« gebildet, um für Klimaschutz in den Kitas und Kindergärten einzutreten.

Die Menschheit hat sich in eine dramatische Lage gebracht: Die Erderwärmung schreitet noch schneller voran als zunächst befürchtet und gefährliche Kippunkte werden erreicht. Es gilt jetzt, jede Möglichkeit zu nutzen, um Emissionen zu reduzieren und eine nachhaltige Lebensweise in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern.

Christiane und Marc Niehus aus Dortmund sind Mitgründer*innen der »Kita Parents«: »Als Eltern von zwei Kindergartenkindern haben wir uns bei den Parents for Future engagiert. Über das breite Netzwerk konnten wir im Herbst 2019 schnell viele begeisterte Unterstützerinnen und Unterstützer finden, die sich speziell im Kita-Umfeld betätigen wollten.« Über einen Messenger-Dienst wurde in Diskussionsrunden und über Videokonferenzen das Vorgehen basisdemokratisch abgestimmt.

In ihrer Kita lernen und entwickeln sich Kinder spielerisch mit anderen. Sie erwerben und verbessern Fähig- und Fertigkeiten für ihr ganzes Leben. Die Kita als Ort der Begegnung für

Familien, beispielsweise im Rahmen von Elternabenden, Festen und Ausflügen, bietet die Gelegenheit, ihn auch als Raum für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu sehen. So entstand der Gedanke, Informationsblätter mit konkreten Ideen sowie einen Leitfaden für Klimaschutz in der Kita zu entwickeln. Auch wenn durch die Corona-Einschränkungen zurzeit nicht alles umsetzbar ist, gibt es dennoch viele Möglichkeiten, im Kita-Setting aktiv zu werden und Kitaleitungen und Eltern mit ins Boot zu holen. So enthält der Leitfaden »Kinderleicht zum Klimaschutz – Gemeinsam zur klimafreundlichen Kita« zahlreiche Anregungen und praxisorientierte Beispiele, wie die Kita-Fachkräfte in den Institutionen, aber auch die Eltern einen leichten und nachvollziehbaren Einstieg zu einer klimafreundlicheren Lebensweise finden können.

Felicitas Köller, Autorin des Leitfadens, ist selbst Mutter und Pädagogin. Ihr war individuelle Gestaltbarkeit ebenso wichtig wie einfache Realisierbarkeit: »Niemand soll sich überfordert, gedrängt oder ausgegrenzt fühlen. Denn Nachhaltigkeit ist ein Geschenk für unsere Welt, die Zukunft unserer Kinder und uns selbst. Gerade in der Kita stehen soziale Themen im Vordergrund wie das soziale Miteinander und Inklusion. In dieses Umfeld soll sich der Leitfaden ideal einfügen und genau diese wichtigen Aspekte ebenfalls fördern. Sozial und ökologisch – das sind keine Gegensätze. Beides geht Hand in Hand und soll auch zusammen gedacht werden. Die Aspekte der Nachhaltigkeit stehen dabei gleichwertig nebeneinander. Sie gehören zusammen und sollen bewusst nicht hierarchisiert werden. Denn jeder Schritt in Richtung mehr Klimaschutz ist wertvoll und leistet einen wichtigen Beitrag. So kann auch jeder selbst entscheiden, wo er anfangen möchte und anfangen kann.«

Der Kindergarten von Felicitas Köllers Sohn zum Beispiel hat eine Upcycling-Werkstatt eingerichtet. In der Kita von Niehus' Kindern wurde ein Waldtag und eine Klima-Projektwoche geplant. Konkrete Möglichkeiten sind beispielsweise auch im Bereich Energie, Transport und Ernährung leicht umzusetzen. Nicht jeder kann eine Solaranlage aufs Dach bauen, aber eine Umstellung auf Ökostrom ist relativ schnell realisierbar. Man kann die Eltern ermuntern, ihre Kinder nicht mit dem Auto, sondern zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu bringen. Auch eine Umstellung auf vegane Verkostungstage trägt zu Gesundheit und Klimaschutz bei.

Interessierte können den Leitfaden kostenfrei downloaden unter: www.parentsforfuture.de/kita
Alle, die sich engagieren möchten, sind herzlich willkommen und eingeladen mitzumachen.
Kontakt: kita@parentsforfuture.de



▲ Luzie Heidemann organisierte eine Familiendemo in Berlin.

Foto: Kita-Parents for Future

TEACHERS FOR FUTURE IN ÖSTERREICH

Veggie-Friday und Kleidertauschmarkt in der Schule

Wenn Schüler*innen aktiv werden und von der Politik endlich konkrete Maßnahmen gegen die drohenden Folgen des Klimawandels fordern, dann müssen wir das als Lehrer*innen erst nehmen und unterstützen! Damit nahm die Bewegung der Teachers For Future (TFF) ihren Anfang.

SABINE STEGMÜLLER-LANG, TEACHERS FOR FUTURE, GRAZ

Kurz nachdem die ersten Schüler*innen in Wien und Graz erstmals auf die Straßen gegangen sind, haben sich die Scientists For Future formiert, um klarzustellen, dass die Anliegen der Schüler*innen auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren und somit berechtigt sind. Im März 2019 gab es dann über Facebook einen ersten Aufruf von österreichischen Lehrer*innen. Die Motivation dahinter war ganz einfach: Wenn Schüler*innen sich stark machen gegen die Klimaerwärmung und für eine nachhaltige und gerechte Zukunft, dann dürfen wir als Lehrer*innen nicht untätig bleiben! Wenn Schüler*innen berechnete Sorge um ihre Zukunft haben, dann dürfen wir als Lehrer*innen nicht wegschauen.

Es dauerte nicht lange, bis Klimabewegte Lehrer*innen bei diversen Klima-Veranstaltungen oder im virtuellen Raum zusammenfanden.

Es stellte sich heraus, dass es in ganz Österreich Kolleg*innen aller Schultypen und Schulstufen gibt, die ihrerseits engagierte Schüler*innen unterstützen und die Themen Klimawandel, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Klimaschutz in den Schulen mehr als bisher thematisieren wollen. So entstanden zum Beispiel in Wien, Graz, Linz und Salzburg starke Gruppen und fortwährend bilden sich österreichweit noch weitere Regionalgruppen.

Die TFF verfolgen zwei große Ziele:
1. Ökologisierung des Schulalltags: Klimaaufträge an Schulen, autofreie Schulwege, Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, klimaschonende Schulreisen, klimagerechtes Buffet, Müllvermeidung und Mülltrennung, Finanzierung für die Ökologisierung
2. Klimagerechte Bildung: Klimabildung bereits in der Pflichtschulzeit, Klimagerechtigkeit und Ethik, politische Teilhabe und Engagement, Erziehung für den Wandel, Unterrichtsmaterialien auf neuestem Stand, Aus- und Fortbildung, Wissenschaft statt klimaschädigendes Lobbying. Natürlich wollen wir unserer klimabewegten Schüler*innenschaft Rückenwind geben. Aber vor allem aber wollen wir Kolleg*innen dabei unterstützen, sich an ihrem jeweiligen Schulstandort für mehr Klimaschutz einzusetzen.

TFF informieren auf ihrer Homepage über Fort- und Weiterbildungen, stellen interessante Links bereit, zeigen Best-Practice-Beispiele auf, nehmen Kontakt mit Bildungsdirektionen, Bildungsministerium und Schulbuchverlagen auf, machen Vorschläge zur Überarbeitung von Lehrplänen und Schulbüchern, bieten Vernetzungsmöglichkeiten an und verschicken Newsletter mit aktuellen Informationen und Unterrichtsideen. Rund 1.000 Lehrer*innen aus ganz Österreich beziehen inzwischen diesen Newsletter und versuchen, an ihrer jeweiligen Schule Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Die TFF bieten Unterstützung an, wenn Lehrer*innen »Klima-Stammtische« oder zusammen mit ihren Schüler*innen »School For Future-Gruppen« oder »Klimacubs« bilden wollen. Inzwischen wurden an unterschiedlichen Schulen in ganz Österreich zahlreiche Projekte umgesetzt, wie zum Beispiel ein Veggie-Friday am Schulbuffet, ein Kleidertauschmarkt, ein Zero-Waste-Day, ein Verschenk-Regal oder ein autofreier Schultag.

Außerdem finden regelmäßige Vernetzungstreffen mit TFF-Lehrer*innen aus ganz Österreich statt, sowohl real als auch online. Ein österreichweites Vernetzungstreffen konnte auch im

Jahr 2020 trotz Corona in den Sommerferien an einer Grazer Schule stattfinden, bei dem es interessante Vorträge und Workshops gab. Ebenso werden zu den monatlichen TFF-Stammtischen (virtuell oder real) Referent*innen zu relevanten Themen eingeladen, was eine gute Fort- und Weiterbildung für alle teilnehmenden Lehrer*innen darstellt.

Erfreulicherweise zieht die Bewegung der FFF weite Kreise! Die Jugendbewegung der FFF ist zu einer sozialen Bewegung angewachsen, die alle Gesellschaftsschichten durchdringt. Es gibt inzwischen weitere For Future-Bewegungen, wie die Parents For Future, die Students For Future, die Workers For Future, Artists For Future oder Doctors For Future, die alle die Transformation in eine nachhaltige und klimagerechte Zukunft anstreben und sich miteinander zur Allianz For Future vernetzen. Falls du Teil der Bewegung werden möchtest, herzlich willkommen!

Sabine Stegmüller-Lang unterrichtet an der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe Schrödinger in Graz

Link: www.teachersforfuture.at
Kontakt: office@teachersforfuture.at,
steiermark@teachersforfuture.at (für die Steiermark)

SCHWERPUNKT FRIDAYS FOR FUTURE



INTERVIEW MIT PROF. KLAUS MOEGLING

» Bedeutender als die 68er Bewegung «

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Moegling lehrt an der Universität Kassel und gehört zu den Mitgründern der »Scientists for Future«. Er beantwortete die Fragen von CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff.

CONTRASTE: Wie sind Sie zu den »Scientists for Future« gekommen, Professor Moegling?

Moegling: Im Frühjahr 2019 gab es eine Stellungnahme von über 100 Wissenschaftlern, in der sie erklärten: Die Schüler von Fridays for Future haben recht mit ihrer Kritik an der Politik, die zu träge auf die Klimakatastrophe reagiert. Das fand ich richtig und habe diese Stellungnahme mit unterzeichnet. Im Sommer erfolgte dann ein Gründungsauftrag für eine regionale Scientists for Future-Gruppe hier in Kassel. Ich habe an dem Gründungstreffen teilgenommen; seitdem bin ich dabei. Ich arbeite in der AG »Strategie und Koordination« in der Regionalgruppe Kassel mit und leite auch die AG »Schulprojekte und Lehrerbildung«.

Wie sieht die Struktur der Kasseler Gruppe der Scientists for Future aus?

Wir haben aktuell zwölf Arbeitsgruppen, die sich dezentral im Internet organisieren. Gleichzeitig haben wir einmal monatlich ein großes Plenum. Wir sind eine relativ große Gruppe mit über 150 Wissenschaftler*innen. Die bundesweite Stellungnahme haben insgesamt 26.800 Wissenschaftler*innen unterschrieben. Auf der Bundesebene gibt es diverse Fachgruppen und einen Beirat von 130 Wissenschaftler*innen. In der Folge haben sich dann die regionalen Gruppen gebildet – zur Zeit existieren 60 Regionalgruppen.

Was wurde in Ihrer Strategiegruppe zuletzt thematisiert?

Wir haben eine Kooperation mit dem Staatstheater Kassel geplant. Dort versuchen wir, in einer Reihe von Veranstaltungen mit dem Personal des Staatstheaters über die Folgen und die Probleme des Klimawandels aufzuklären und auch über Maßnahmen, wie man entgegensteuern könnte, auch zum Beispiel: Wie argumentiert man gegenüber Personen, die den Klimawandel leugnen? Es gibt Veranstaltungen über den youtube-Kanal des Staatstheaters, wo die Schauspieler*innen etwas darbieten. Es werden auch Umfragen bei Zuschauern gemacht. Wir versuchen, das digitale Format kreativ zu nutzen.

Wir hatten zum Thema »Lobbyismus und Klimakrise« eine große Veranstaltung an der Universität. Gern koordinieren wir auch Schulprojekte, momentan als Zoom-Konferenzen auf Nachfrage von Schulen, zum Teil von Schüler*innen der Fridays for Future und Schülervertretungen. Zudem organisieren wir eine Reihe »Frag' den Prof«, wo Schüler*innen einen Dozenten, der im Bereich Klimaforschung spezialisiert ist, richtig löchern können.

Ihr inhaltlicher Schwerpunkt sind ja die Schulprojekte?

ANZEIGE

ROTE HILFE E.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
info@rote-hilfe.de • www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine partei-unabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

»DIE ROTE HILFE« Schwerpunkt 4/2020:
Zeitung gegen Repression Das Virus und die Reaktion

»DIE ROTE HILFE« erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Rote Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Erhältlich auch in gutsortierten
Büchereibuchhandlungen



▲ Scientists for Future bei der Masken-Demo im September 2020 in Köln

Foto: Herbert Sauerwein

Ja – das ist eine von unseren zwölf Arbeitsgruppen. Ein großes Projekt ist die Unterstützung des Klimarats in Kassel – dafür haben wir auch eine eigene AG. Über zwanzig Scientists for Future sind in den Arbeitsgruppen aktiv, die dem Klimarat zugeordnet sind. Ich halte den Klimarat für sehr wichtig. Dessen Themen besprechen wir auch in unserer Strategiegruppe. Beispielsweise haben wir uns auch bei der Struktur des Klimarats der Stadt stark eingebracht und darauf hingewirkt, dass es Arbeitsgruppen gibt, die auch für die Bürgerschaft geöffnet sind, für Initiativen wie zum Beispiel »Kassel kohlefrei« oder »Fridays for Future«, so dass die auch im Kasseler Klimarat mitarbeiten können.

Was machen Sie denn in Ihrem Schulprojekt?

Ich bin zusammen mit Kollegen in Schulen gewesen und habe dort Vorträge gehalten. Wir gehen – außerhalb der Corona-Zeiten – in kleinen Gruppen in die Schulen, möglichst jeweils ein Pädagoge und ein Klimawissenschaftler. Gerade in der Oberstufe werden manchmal sehr schwierige Fragen gestellt, da muss man schon eine*n absolute*n Expert*in dabei haben. Wir informieren auch in der Presse über unsere Angebote – so haben wir beispielsweise eine Power Point-Folien-Sammlung mit 60 Folien zur Klimakrise entwickelt und wie man damit umgehen könnte oder müsste. Lehrer*innen und auch Schüler*innen können sie auf unserer Homepage abrufen.

Sie haben auch praktische Beispiele aus der näheren Umgebung aufgegriffen?

Ja, das ist ein wichtiger Ansatz. Wir bieten auch Projektbegleitung für schulische Projektwochen an. Da macht es Sinn, dass man sich regionale politische Konfliktfälle näher anschaut.

Das Kohlekraftwerk Kassel zum Beispiel ist so ein Konfliktfall. Da ist sehr viel geleistet worden von »Kassel kohlefrei«, einer Initiative, die wir auch als Scientists for Future unterstützt haben. Diese Initiative ist auch ein paar Mal hier bei uns in der Vollversammlung gewesen und wir hatten auch einige Treffen mit der Initiative, die ein früheres Ende der Kohleverstromung für das Jahr 2025 erreicht hat.

Sie plädieren für fächerübergreifendes und forschendes Lernen – wie sieht das aus?

Wir hatten hier zum Beispiel einen Steinbruch im Habichtswald, der ständig erweitert wurde. Der Habichtswald hat für Kassel eine ganz wichtige ökologische Funktion, die durch diese Erweiterung bedroht war. Die Schüler*innen sind in kleinen Gruppen aus der Schule raus gegangen, sind zum Regierungspräsidium gegangen, sind zum Ortsbeirat gegangen,

zum benachbarten Altenheim, sind in den Steinbruch hinein gegangen, haben ein Interview mit der Werksleitung geführt, haben mit den Beschäftigten gesprochen. Dann hat jede Gruppe ihre Erkenntnisse ins Plenum der Lerngruppe eingebracht. Verschiedene Fächer wie Geografie, Biologie, Wirtschaft und Politik mussten dabei kooperieren.

Wie haben sich die Scientists for Future seit ihren Anfängen entwickelt?

Der Beginn war im Frühjahr 2019 im Zuge der Demonstrationen und Streiks von Fridays for Future. Danach haben sich viele Aktionsformen entwickelt. Da wurde erklärt: Das Anliegen von Fridays for Future ist richtig und die Wissenschaft steht dahinter. Dann haben sich neben der Bundeskoordination auch Regionalgruppen gegründet und mein Eindruck ist, dass es immer mehr Regionalgruppen gegeben hat und auch sehr viele Aktionsformen: Vorträge, Runde Tische, Infostände, Diskussionen mit Politikern sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene; Expertisen werden zu bestimmten Fragen im Zuge von Klimaentwicklung erstellt, Material für Schulen wird bereitgestellt. Es ist auch ein Fragenkatalog an das Klimakabinett der Bundesrepublik Deutschland entwickelt worden, sowie eine Stellungnahme an die EU-Parlamentarier. Die Fridays for Future haben auch den Green Deal der EU kritisiert, und die Scientists for Future haben das begleitet und erklärt, dass diese Kritik von Fridays for Future sachlich erforderlich und wissenschaftlich begründet ist.

Ich finde die Berechnung des Weltklimarats sehr wichtig. Danach haben wir ein Restbudget für Emissionen der 27 EU-Staaten von 20 Gigatonnen CO₂ ab 2021 zur Verfügung, um die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Und das ist der Maßstab letztendlich. Dazu sagen die Fridays for Future dem EU-Parlament – und wir Scientists for Future unterstützen das: Was ihr beschlossen habt, reicht nicht aus!

Welche Pläne haben die Scientists for Future für die nähere Zukunft?

Wenn Corona wieder zurückgeht, werden wir sicherlich auch wieder bei den Demonstrationen mitwirken, auch an den Streiktagen. Ich habe dort auch schon vor mehreren 1.000 Schüler*innen gesprochen. Ich habe unter anderem erwähnt, dass ich selbst Schüler in Kassel war: Vor fünfzig Jahren standen wir auch hier und haben gegen den Vietnamkrieg gestreikt in der 68er Zeit. Damals war ich Jungsozialist. Ich bin unter Willy Brandt zur SPD gekommen, vor sechs Jahren allerdings wieder ausgetreten aus verschiedenen Gründen. Im Prinzip finde ich es richtig, wenn junge Menschen in die demokratischen Parteien eintreten und sich engagieren

und dafür sorgen, dass die Programmatik im Bereich Klimapolitik doch noch eine andere und viel konsequentere wird. Da können ja alle Parteien noch zulegen.

Und dafür sind vielleicht auch die Bewegungen von unten notwendig?

Ja! Ich denke, dass die Fridays for Future-Bewegung und begleitend auch die Scientists for Future einen beachtlichen öffentlichen Druck aufgebaut haben. Und die Parteipolitiker wissen: Das hört nicht auf – allein deswegen nicht, weil die Klimaproblematik ja nicht so schnell verschwindet. Von daher denke ich, dass solche Bewegungen von unten äußerst notwendig sind, um Einfluss auf die Parteien zu gewinnen, die ja ein Stück weit an den Hebeln der Macht sitzen. Das heißt, man kann nicht sagen: Die Parteien sind unwichtig oder: »Die sind doch nur Knechte des Großkapitals«. Ich finde, das ist zu kurz gesprungen.

Es gibt eine Charta der Scientists for Future. Darin wird sehr deutlich gesagt, dass wir keine einzelne Partei begünstigen wollen. Aber wir mischen uns ein. Wissenschaftler*innen müssen sich jetzt verstärkt einmischen und beispielsweise Begutachtungen von Parteiprogrammen aus der Klimaperspektive erarbeiten.

Braucht es eine stärkere Vernetzung der Bewegungen?

Ja – ich vertrete die These, dass die neue Bewegung noch bedeutender wird als die 68er. Dazu muss Fridays for Future allerdings mit der Friedensbewegung und den Protesten gegen soziale Ungleichheit zusammenfinden. Ich glaube auch, dass es dazu kommen wird. Der 27. Friedensratsschlag, der im Dezember stattgefunden hat, ist ein Beispiel. Es ist ein großer Friedenskongress gewesen mit über 500 Online-Teilnehmenden vorwiegend aus der Friedensbewegung. Unter den Referent*innen waren neben Gewerkschaftern und Friedensbewegten auch Vertreter*innen von Greenpeace und Fridays for Future und Scientists for Future. Und das ist nur eine von mehreren Veranstaltungen, die ich in letzter Zeit beobachtet habe, bei denen die Bewegungen zusammengehen. Denn sie wissen, dass sie dann Synergieeffekte haben. Es geht ja letztendlich um eine sozialökologische systemische Transformation. Mit diesem Wirtschaftssystem und einer Politik, die viel zu stark auf ein neoliberales kapitalistisches Wirtschaftssystem ausgerichtet ist, kann es nicht sinnvoll weitergehen.

Literatur: Klaus Moegling: Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich - Analyse, Vision und Entwicklungsschritte aus einer holistischen Sicht. Verlag

Barbara Budrich, 358 Seiten, 34,90 Euro
Link: <https://de.scientists4future.org>

Kontakt: kassel@scientist4future.org

ZUR ÖKONOMISCHEN THEORIE GEORGE BATAILLES

Den Überfluss ausschwitzen

Georges Bataille (1897-1962) ist in Deutschland vor allem als Philosoph der Erotik und als Stichwortgeber für frühe Poststrukturalist*innen bekannt. Sein Werk auf dem Gebiet der Ökonomie dagegen wird kaum rezipiert. Das mag zum einen am Schreibstil Batailles liegen, der es den Leser*innen nicht einfach macht, ihn zu verstehen. Zum anderen gibt es in Batailles Ökonomie wenig Anknüpfungspunkte für ökonomisch Interessierte. Weder die klassische noch die marxistische Ökonomie dienen als Grundlage, denn Batailles Anspruch war, mit seiner »allgemeinen Ökonomie« eine »kopernikanische Wende« zu vollziehen und die »gesamten Prozesse des Lebens« einzubeziehen.

FRIEDER KRAUSS, BERLIN

Der wesentlichste Unterschied zwischen Bataille und anderen Ökonom*innen ist, dass er kaum auf der Ebene der Produktion denkt. Stattdessen ist der grundlegende Faktor für ihn die Energie. Seine allgemeine Ökonomie möchte sich mit den »allgemeinen Problemen der sich auf der Erde bewegenden Energie« befassen. Deren Grundprinzipien kann der Mensch laut Bataille nicht ändern; die Energie diene nur der unendlichen, nutzlosen Erfüllung des Universums. Diese Energie bekämen alle Lebewesen direkt oder indirekt von der Sonne. Dieses Wissen aus dem Grundkurs Biologie ist elementar für Batailles Ökonomie. Seine Annahme ist, dass alle Lebewesen mehr Energie erhalten als sie zum Selbsterhalt benötigen. Deshalb suchen sie immer nach einem Weg, die erhaltene Energie ohne Gewinn zu verschwenden, zu verausgaben.

Diese Annahme der unproduktiven Verausgabung ist ein weiterer, zentraler Teil der allgemeinen Ökonomie. Bei Pflanzen und Tieren findet sie durch Wachstum und durch Paarung und die damit einhergehende Energieverschwendung in Balzritualen und Revierkämpfen statt. Das Leben vermehrt sich durch Wachstum oder Fortpflanzung, bis der gesamte mögliche Lebensraum eingenommen ist. Dann kann es nicht mehr zunehmen, die überschüssige Energie muss aber weiterhin verbraucht werden. Deshalb kommt es zwischen den Tieren und Pflanzen zu Konkurrenz, durch das ständige gegenseitig Töten wird die überschüssige Energie ausgeschwitzt. Außerdem werden immer verschwenderischere Arten hervorgebracht, die die Energie ineffizienter verwerten.

Die allgemeine Ökonomie ist eine Theorie des Überflusses, Mangel kommt höchstens auf der Ebene des einzelnen Individuums vor. Das zentrale Problem ist, überschüssige Energie loszuwerden. Bataille nennt diesen Konflikt zwischen

Energieüberschuss und Grenzen des Wachstums schlicht das Problem des Wachstums.

Batailles Wirtschaftstheorie beschränkt sich natürlich nicht auf die Sphäre der Biologie. Stattdessen überträgt er die Grundprinzipien des Überflusses und der Verausgabung nahtlos auf die Gesellschaft. Den ständigen Überschuss an Energie wandelt der Mensch nach Bataille zum Teil in einen Überfluss an Produkten, an Technik, und erweitert so die Grenzen des Wachstums. Er orientiert sich stark an den Werken des Anthropologen Marcel Mauss, der zum Tauschen und Schenken sowie zum Charakter des Sakralen in vorindustriellen Gesellschaften forschte.

Von ihm übernimmt Bataille, dass der Verlust eine zentrale Rolle in jenen Gesellschaften spielte. Ein Beispiel dafür sei das Ritual des »Potlatch« der nordamerikanischen Ureinwohner. Diese großen Feste dienten Stammesführern dazu, ihre Macht zu festigen und zu sichern, indem sie die Gäste beschenkten. Je reicher die Geschenke, desto größer war die demonstrierte Macht des Schenkenden. Diese rituelle Schenkung, für die keine Gegenleistung erwartet wurde, sieht Bataille als eine Form der unproduktiven Verausgabung. Erst aus diesem Verlust resultiert die Macht des Schenkenden. Gleiches gilt für die verschwenderischen Feste mittelalterlicher Könige, die nutzlosen Prachtbauten der Religionen oder die Almosen der gütigen Christ*innen. Für Bataille hatten diese gesellschaftlichen Rituale den Sinn der unproduktiven Verausgabung. Das gleiche Ziel verfolgen auch die anderen Formen des Konsums, welche nicht auf Produktion und Reproduktion ausgerichtet sind. Dazu gehört die Kunst, solange sie keinem Nutzen dient, das kultische Opfer und der Krieg. Dazu gehört auch, zentral für Batailles Werk, die Sexualität, wenn sie nicht der Fortpflanzung dient, in Batailles Worten die perverse Sexualität. Sie alle sind Formen der unproduktiven Verausgabung der überschüssigen Energie, die sich in der menschlichen Gesellschaft in Form überbordenden Reichtums findet.

Kein Gleichgewicht mehr im Kapitalismus

Menschliche Gesellschaften funktionieren nach Bataille, wie die Natur, nach dem Prinzip der »sich auf der Erde bewegenden Energie«. Vorindustrielle Gesellschaften hielten das Gleichgewicht zwischen Energiegewinn und Verausgabung, im Extremfall wurde die angestaute Energie durch den unproduktiven Verlust von Menschenleben im Krieg ausgeschwitzt. Doch die industrielle Revolution und der Kapitalismus brachten dieses Gleichgewicht zu Fall.

Genau wie Max Weber mit seiner bekannten These vom »protestantischen Geist« des Kapitalismus konstatiert Bataille, dass in modernen Gesellschaften alles der Nützlichkeit unterworfen sei. Nur was einen Nutzen hat, ist legitim, nur wer sich dem Nützlichkeitsprinzip unterwirft und sein Leben daran ausrichtet, wird als Teil der Gesellschaft anerkannt, ist mit Batailles Worten »homogen«. Alles, was nicht der Produktion und Reproduktion dient, wird ausgegrenzt und verfehmt, sei es perverse Sexualität, Müßiggängerei oder Exzess. Die Religion wird in die geistige Sphäre verlagert und verzichtet auf verschwenderische Rituale, die Kunst orientiert sich am kommerziellen Nutzen und selbst der Krieg dient meist dem Gewinn von Land und Ressourcen. Die Bourgeoisie



▲ Abfall to go? Georges Batailles Forderung nach Verschwendung statt nach Effizienz wirkt heutzutage ziemlich absurd.

Foto: Holger Slaghuys / flickr.com (CC)

müsste als herrschende Klasse durch unproduktive Verschwendung den Überschuss verausgaben, doch sie orientiert sich an der Ideologie der Nützlichkeit und verweigert sich so dieser Aufgabe.

Die so angestaute Reichtümer konnten eine Zeit lang durch das immense Wachstum der Industrien verbraucht werden. So erklärt Bataille das relativ friedliche Jahrhundert von 1815 bis 1914. Doch durch die neuen Technologien erschloss der Mensch auch immer neue Energiequellen und vergrößerte den Überfluss. Bataille sieht die beiden Weltkriege als logische Folge dieser Entwicklung. Sie seien »die größten Verschwendungsorgien ..., die die Geschichte je gekannt hat«.

Überfluss kontrolliert verschwenden

Um eine erneute katastrophische Verausgabung im industrialisierten Krieg zu verhindern, plädiert Bataille dafür, mit seiner Ökonomie das Problem des Wachstums zu erkennen und den Überfluss kontrolliert zu verschwenden. Er schlägt vor, zunächst den allgemeinen Lebensstandard, insbesondere in armen Ländern, mittels unproduktiver Dienstleistungen zu erhöhen – wie er selbst schreibt eine fast schon enttäuschend simple Lösung für den hohen Anspruch der allgemeinen Ökonomie.

Für Linke ist die Erhöhung des Lebensstandards armer Menschen sicher ein gutes Zwischenziel auf dem Weg zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Doch die Begründung ist entscheidend. Nimmt man mit Bataille den Überfluss als nie endendes Problem der Ökonomie, wären auch andere Lösungen naheliegend, die für Linke nichts taugen. So müsste man, nach dem Vorbild vorindustrieller Gesellschaften, von der besitzenden Klasse die Verschwendung von Reichtümern fordern, müsste sie freuen über das Wachsen der unnütz produzierten Müllberge, die der Kapitalismus hervorbringt. Die

Forderung nach Verschwendung statt nach Effizienz bei Material- und Energieverbrauch wirkt vor dem Hintergrund der heutigen ökologischen Katastrophen völlig absurd.

Für Linke nicht vertretbar

Auch die Grundannahmen der allgemeinen Ökonomie lassen sich aus einer aufgeklärten, linken Perspektive kaum vertreten. Bataille übernimmt für seine Analyse menschlichen Wirtschaftens das von ihm ausgemachte »Problem des Wachstums« aus der Natur. Was schon aus Sicht der Biologie zweifelhaft ist, wird durch die Übertragung auf die menschliche Gesellschaft endgültig zur Esoterik. Die Annahme, das angebliche kosmische Gesetz des Energieflusses würde alle Wirtschaftssysteme bestimmen, erinnert an die tieferen Einsichten in die Natur des Menschen, die zweifelhafte New-Age-Gurus in den schummrigen Ecken des Internets verkaufen. Die Gleichsetzung von Sonnenenergie mit Produkten menschlicher Technik wird nicht nur Ökonom*innen staunen lassen.

Bataille beschäftigt sich in seinen ökonomischen Schriften kaum mit den sich aus Kapitalakkumulation und Klassenkampf ergebenden Grundproblemen des Kapitalismus: Massenverelendung und politische Unterdrückung. Stattdessen wird durch die mystische Übertragung eines angeblichen Naturgesetzes plötzlich der Energieüberschuss zum Grundproblem. Es ist kein Wunder, dass auf den Zug einer solchen irrationalen Kapitalismus- und damit Modernekritik auch weit unsympathischere Gestalten als Bataille aufspringen. So ist Gerd Bergfleth, Übersetzer und Anhänger Batailles, pseudophilosophischer Stichwortgeber der neuen Rechten und wird von den Reaktionen der Zeitschrift Sezession gefeiert. Mystische Kapitalismuskritik war schon immer Spielfeld der Rechten, progressive Ideen brauchen eine wissenschaftliche Grundlage.

Ob sich der Antifaschist Bataille tatsächlich den Modernekritikern

der Rechten angeschlossen hätte, ist zu bezweifeln. Seine schwer zu interpretierenden Texte geben den reaktionären Feinden der Aufklärung aber mehr als genug Stichworte, um ihn zu vereinnahmen. Für Linke bietet Batailles esoterische Ökonomie wenig. Überfluss loszuwerden als Ziel zu setzen bedeutet, die Armut und Unterdrückung der Massen zu ignorieren. Angebliche Gesetze kosmischen Energieflusses sind fürs Kartenlegen interessant, für die Kritik des Kapitalismus sind sie keine gute Grundlage. Batailles literarische Schriften, sein Werk zur Erotik sind vielfältig und sprachlich interessant, doch die Ökonomie ist nicht seine Stärke. Das hatte Bataille zeitweilig selbst erkannt, als er 1933 schrieb, dass der Marxismus bereits die ökonomische Basis beschrieben hätte – und sich deshalb auf die Beschreibung des gesellschaftlichen Überbaus beschränken wollte.

ANZEIGE



Solange es Menschen gibt, gibt es Wanderungen. Heute leben und arbeiten viele Menschen aus Afrika in Europa und Deutschland. Und sie leben oft hier, um ihren Familien Geld zu schicken: Rücküberweisungen.

Rücküberweisungen
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de



▲ Georges Bataille im Jahr 1943

Fotos: Wikipedia (CC)

Weiterbildung von links unten

Aktivist*innen brauchen viele konkrete Fähigkeiten, um wirksam für ihre Utopien zu kämpfen. Im Kapitalismus kostet (Weiter-)Bildung aber fast immer Geld. Bildung ist zu wichtig, um sie der Privatwirtschaft oder dem Staat zu überlassen; deswegen nimmt »Skills for Utopia« sie selbst in die Hand und organisiert kostenlose Workshops. Für die CONTRASTE stellt das Kollektiv sich und seine Arbeit vor.

»SKILLS FOR UTOPIA«-KOLLEKTIV

Das Telefon klingelt, Vilde ist dran: »Mist, das Bildschirmteilen funktioniert nicht! Was machen wir?« Die Online-Frühlingswerkstatt hat gerade erst angefangen, und schon droht die erste technische Panne den Einstieg zu vermasseln. Aufgrund des Lockdowns haben wir unser geplantes Workshop-Wochenende spontan ins Internet verlegt, ein Open-Source-Videoerkonferenztool besorgt, unsere Referent*innen im Hinblick auf Online-Didaktik gebrieft und Links, Technik-Tipps und Online-Netikette hundertfach herumgeschickt. Und jetzt, wo es losgehen soll, hakt es am Screensharing. Nach der ersten Aufregung finden wir zusammen mit den technisch versierten Referent*innen dann doch noch eine Lösung, wie deren Präsentation zum Thema »Einführung in die Überwachung« auch anders geteilt werden kann. Das Skillsharing kann losgehen!

Wir, das sind fünf Menschen, die unter dem Namen »Skills for Utopia« seit zwei Jahren freie Weiterbildungen für politisch engagierte Gruppen und Aktivist*innen organisieren. Dabei leisten wir vor allem die Orga-Arbeit hinter den Kulissen. Die Inhalte überlassen wir den Profis: In den letzten zwei Jahren haben wir ein Netzwerk aus circa 25 Referent*innen aufgebaut, die die Workshops geben. Wir wollen alle möglichen praktischen Skills vermitteln, die Aktivist*innen in ihrer Arbeit brauchen können. Das fängt an bei digitaler Autonomie – beispielsweise Workshops zu Emailverschlüsselung und Smartphonesicherheit – geht über Öffentlichkeitsarbeit – zum Beispiel dem Workshop »Aktionsvideografie« – bis hin zu Strategie und Selbstorganisation. Unsere Zielgruppe sind ausschließlich Aktivist*innen in emanzipatorischen linken Bewegungen, zum Beispiel von



▲ Zurzeit nicht möglich: Statt Präsenzworkshops, bei denen sich die Aktivist*innen persönlich kennenlernen, bietet »Skills for Utopia« seine Workshops jetzt online an. Foto: Skills for Utopia

Seawatch, Fridays for Future oder Aktivist*innen in besetzten Wäldern.

In linken Bewegungen gibt es einerseits viele Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit sehr geringen Ressourcen für politische Veränderung einsetzen. Andererseits gibt es vielfältige Bildungsangebote – aber viele davon kosten Geld. Das sorgt dafür, dass nur die Gruppen und Personen, die Geld haben, sich Weiterbildung leisten können. Das wollen wir ändern! Darum organisieren wir über Finanzanträge die Bezahlung für Referent*innen und garantieren so, dass jede*r Teilnehmende sich umsonst weiterbilden kann.

Aktivistische Fragestellungen

Außerdem sind viele existierende Bildungsangebote nicht adäquat auf die Bedürfnisse von Aktivist*innen zugeschnitten: In Weiterbildungen zur Organisation von Gruppen geht es oft um Management. Dass wir als emanzipatorische Akteur*innen kein Management brauchen, muss wohl nicht weiter erklärt werden. Es gibt Weiterbildungen zu Öffentlichkeitsarbeit oder Social Media – aber in denen geht es selten darum, worauf Gruppen achten sollten, wenn sie öffentlich sein wollen, aber ihre eigene Sicherheit trotzdem wahren müssen und warum es vielleicht nicht gut ist, nur eine*n Pressesprecher*in zu haben. Deshalb haben wir zusammen mit den Referent*innen Workshop-Konzepte erarbeitet, die speziell auf aktivistische Bedürfnisse und Fragestellungen zugeschnitten sind.

Ein weiterer Faktor, der uns von regulären Bildungsangeboten unterscheidet, ist, dass wir bei Skills for Utopia unsere Bildungsarbeit als Aktivismus machen, und nicht als Lohnarbeit. Warum das so einen Unterschied macht? In der Lohnarbeit ist es logisch, dass Bildungsangebote dort entwickelt werden, wo es eine Nachfrage gibt; denn es muss ja Geld damit verdient werden. Das heißt, es werden Angebote entwickelt, für die Individuen oder Gruppen bereit sind, Geld zu bezahlen. Dadurch, dass wir davon unabhängig sind, haben wir die Freiheit, außerhalb dieser Nachfrage zu wirken. Wir können so Bildungsangebote entwickeln, die für Aktivist*innen wichtig sind, für die sie aber kein Geld hätten oder zahlen würden. Wir analysieren also, was unserer Meinung nach in der Bewegung fehlt,

und schaffen ein Angebot, um dieses Thema zu stärken.

Dadurch, dass wir Bildungsarbeit als Aktivismus betreiben, schützen wir uns auch vor weiteren Systemfällen. In der regulären Bildungsarbeit, die ja im Kontext des Kapitalismus stattfindet, schleicht sich das System vielfältig ein: So werden selbst entwickelte Bildungskonzepte oft proprietär behandelt – den eigenen Workshop soll am besten keine*r ungefragt kopieren. Wir versuchen hingegen, unsere Workshop-Konzepte und begleitenden Materialien so zu entwickeln, dass sie Alles beinhalten – Präsentation, Handout, Notizen, weiterführendes Material – um den Gruppen so zu ermöglichen, die Inhalte auf eigene Faust weiterzugeben. Außerdem gibt es in regulären Fortbildungsangeboten doch tatsächlich immer wieder Material mit Copyright. Das ist natürlich Quatsch, wir behandeln Wissen und Informationen nicht als Ware und laden einfach alles in eine Materialsammlung auf unserer Website hoch.

Angebot digitalisiert

Aber zurück zur Frühlingswerkstatt: Wir haben also Corona genutzt, um unser bestehendes Workshop-Konzept umzuwerfen und in Form von Webinaren zu digitalisieren. Das ist einerseits natürlich blöd, weil es ja auch spannend ist, Menschen kennenzulernen und von Angesicht zu Angesicht zu arbeiten. Andererseits haben wir in der Digitalisierung unserer Angebote viele Vorteile gefunden. Erst einmal fällt lästige Orga-Arbeit weg: Wir brauchen keinen Raum, wir brauchen weder Kaffee noch Essen, da alle ja zuhause vor ihrem Bildschirm sitzen. Das spart dann auch gleich die Kosten für den Raum, für den Kaffee, und auch für die Anreise der Teilnehmenden und Referent*innen. Und wo wir bei der Anreise sind: Früher haben wir vor allem Workshops in und um Berlin organisiert. Heute ist der Standort egal, und bei fast allen Workshops schalten sich Leute aus unterschiedlichsten Orten zu. Trotzdem freuen wir uns darauf, nach Corona auch wieder Präsenz-Workshops zu organisieren, weil man dort noch intensiver mit anderen Aktivist*innen in Kontakt kommen kann.

Mit dem Fokus auf Online-Bildung haben wir auch angefangen, all unsere Materialien, von uns gesammelten

Creative-Commons-Materialien und weiterführende Links auf unsere Website zu stellen. Damit sind wir zwar noch nicht fertig, aber mittlerweile wächst daraus eine kleine Onlinebibliothek zu aktivistischen Skills. In der Planung stehen außerdem statische online Lernmodule, die von unserer Website abrufbar sind und individuell, unabhängig von Workshopzeiten gelernt werden können.

Die Frühlingswerkstatt ist durch das Umstellen auf ein digitales Format ein voller Erfolg geworden: In neun Workshops haben über hundert Teilnehmende aus ganz Deutschland mitgemacht, und wir haben viel positives Feedback, weitere Workshopanfragen und Unterstützungsangebote zugemailt bekommen. Die nächste Werkstatt steht nächstes Jahr in Planung; inzwischen werden wir aber auch regelmäßig von Gruppen gezielt angefragt.

Hierarchiekritik

Wir arbeiten also auf Aktivist*innen zugeschnitten, umsonst, und digital. Sonst noch was? Ein letztes Wort, das wir uns auf die Fahne schreiben, ist »hierarchiekritisch«. Wir geben zu diesem Thema explizit den Workshop »Hierarchiekritische Selbstorganisation«, in dem Aspekte der Selbstorganisation wie Treffen, Zusammenarbeiten und Kommunizieren hierarchiekritisch beleuchtet werden. Für Anfänger*innen haben wir den Workshop »Einführung in die Hierarchiekritik« entwickelt. Andererseits heißt das natürlich auch, dass wir selbst versuchen, uns intern hierarchiekritisch zu organisieren – wie so viele Gruppen. Wir organisieren uns zur Zeit vor allem über Onlineplena, in denen anfallende Aufgaben nach Zeit und Lustprinzip verteilt werden. Wenn mehrere von uns Lust auf eine Aufgabe haben, machen wir sie gemeinsam – wie das Schreiben dieses Artikels. Reflektion ist uns für ein hierarchiekritisches Miteinander wichtig: Nach jedem organisierten Workshop reflektieren wir, wie es gelaufen ist. Wichtig sind aber auch unsere regelmäßigen Strukturtage, auf denen wir diskutieren, wie das letzte halbe Jahr gelaufen ist, wo wir hin wollen, und wie wir dahin kommen. Außerdem organisieren wir regelmäßig interne Skillshares, bei denen wir Skills zu beispielsweise Finanzierung oder Sicherheit intern

teilen. Das hat zum Ziel, dass jede*r alles machen kann, und sich keine unliebsamen Wissens- oder Informationshierarchien festigen. Das alles soll für eine hierarchiekritische Selbstorganisation sorgen – aber wir sind auch in einem ständigen Lernprozess. Zum Glück!

Link:
<https://skillsfortopia.org/materialsammlung>

Workshop-Angebot von Skills for Utopia

Digitale Autonomie

Smartphone-Sicherheit
Kleines PGP 1x1
Tails & Tor
Digitale Kommunikations- & Kollaborationstool

Strategie und Organisation

Hierarchiekritisch Projekte Machen
Dream Big! Wo wollen wir hin - und wie kommen wir dahin?
Mit Strategie zur Utopie
Einführung ins Dragon Dreaming

Presse- und Medienarbeit

Simpler und effizienter Videoaktivismus
Pressearbeit für Aktivist*innen
Aktionsdokumentation: Widerstand sichtbar machen

Kreative Aktionsformen

Adbusting - Werbung entlarven
Theater der Befreiten

Finanzierung

Und wer kümmert sich um die Kohle?
Finanzierung für Aktivist*innen
Sachspenden sammeln

Utopische Exkurse

Kapitalismus Entlieben
Radikale Selbstliebe - Eine liebevolle Entschamisierung der Lust

ANZEIGE

graswurzel revolution



Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo / Geschenkaboo: 38 €
(10 Ausgaben)
Schnupperabo: 5 €
(8 € Ausland, 3 Ausg., Vorkasse)
Auslandsabo: 48 €
Förderabo: 60 €

Zu bestellen auf: graswurzel.net
Mail: abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

Doku über spanischen Anarchismus



Die spanische Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT), gegründet 1910, gilt vielen Anarchosyndikalisten*innen weltweit als leuchtendes Vorbild – zumindest die CNT vor dem Franquismus. Mit dem Tod Francos im Jahre 1975 und dem Übergang zu einer repräsentativen Demokratie in Spanien wurde auch der Weg für die Neugründung der CNT, die zu jenem Zeitpunkt in Spanien weitestgehend zerschlagen war, geebnet. Ihre Mitglieder agierten damals im Untergrund bzw. lebten im (französischen) Exil. Der schwierige Weg der Neuformierung ab 1976 – knapp 40 Jahre nach ihrem offiziellen Verbot – steht im Zentrum der 2018 entstandenen Dokumentation »El entusiasmo«.

Mitte der 1970er Jahre ist die ökonomische und politische Lage eine andere als noch 1936 – und es galt, sich treu zu bleiben und gleichzeitig der veränderten Realität anzupassen. In einer ausgewogenen Mischung aus Archivaufnahmen, Zeitzeug*innen und Einordnungen durch einschlägig-forschende Historiker*innen wie Joe Zambrana, Pablo Carmona oder Dolores Marín gelingt es dem 1976 geborenen Regisseur Luis E. Herrero mit seinem Debüt ein lebendiges von jener Zeit zu zeichnen. Er fokussiert unterschiedliche Facetten, sei es der Enthusiasmus in dieser Epoche, der (sub-)kulturelle Rahmen nach dem Ende der Zensur, die fast schon sprichwörtliche Fanzinekultur des spanischen Anarchismus, die Herausforderung der betrieblichen Organisation oder die Probleme, die sich intern sowohl aus den Konflikten zwischen jung und alt als auch aus den Vorstellungen der unterschiedlichen Komitees ergaben. Die Zeitspanne von 1976 bis 1982, das heißt die Konsolidierungsphase der Gewerkschaft, steht im Zentrum der Dokumentation. Es war die Zeit der Streiks, zum Beispiel des Roca-Streiks im Jahr 1976, dem Pakt von Moncloa und auch der (sexuellen und kulturellen) Befreiung. Besonders beeindruckend sind dabei die zahlreichen Archivaufnahmen – teils in Farbe, teils in schwarz-weiß. Meine persönlichen Favoriten sind die Aufnahmen von Frederica Montseny, ehemaliger Ministerin der CNT während des Bürgerkrieges, die auch auf den Versammlungen der neugegründeten CNT sprach. Ein besonders interessanter Aspekt, der im deutschsprachigen Raum kaum bekannt ist, ist das Vitoria-Massaker, bei dem fünf Aktivist*innen von der Polizei getötet wurden, oder der Scala Case, der zur Kriminalisierung der CNT und der ihr nahestehenden Anarchistischen Föderation FAI führte.

Die Dokumentation ist ein wichtiger Beitrag zur neueren Geschichte der CNT – und damit auch zur Geschichte des modernen Anarchosyndikalismus. Die CNT war und ist nach wie vor ein ernstzunehmender Akteur in der spanischen Politik.

Maurice Schuhmann

El Entusiasmo (dt.: Der Enthusiasmus), Spanien 2018, Regie: Luis E. Herrero.

Der Film kommt in Originalversion mit deutschen Untertiteln – coronabedingt später als ursprünglich geplant – voraussichtlich im April 2021 in ausgewählte Kinos im deutschsprachigen Raum.

Radikaler Feminismus der 1970er



Ein großes Thema der sich in den 1970er Jahren formierenden (zweiten) Frauenbewegung in Westdeutschland war die positive Bezugnahme auf die Vorstellung, dass Frauen anders, friedlicher, authentischer seien. Gegen dieses Phänomen einer »neuen Weiblichkeit« entwickelte sich früh Kritik; in der politischen Linken und an den Rändern des Feminismus. Gabriele Goettle (geb. 1946) und Brigitte Classen (geb. 1944) kommen aus der Frauenbewegung und trafen sich erstmals 1974. Sie wurden ein (lesbisches) Paar und dann die Herausgeberinnen der Zeitschrift »Die schwarze Botin«. Diese erschien in erster Folge in 17 Ausgaben, zuletzt im Dezember 1980. Die Startauflage betrug 1976 im Selbstverlag 3.000 Exemplare.

Die satirisch-anarchistische Zeitschrift sorgte schnell für Kontroversen, kritisierte zum Beispiel den »Schleim der Authentizität« ebenso scharf wie Alice Schwarzer und die Gründung der EMMA. Es gibt Boykottaufrufe. Abstraktion und Theorie werden hochgehalten. In ihr schreiben auch Frauen, die später als Schriftstellerinnen berühmt werden, etwa Elfriede Jelinek oder Gisela Elsner. Ein Kennzeichen ist die Beschäftigung mit Psychoanalyse und Linguistik, was auch von den guten Kontakten nach Frankreich herrührt, so dass zum Beispiel Interviews mit Helene Cixous oder Luce Irigaray durch Übersetzungen ins Heft und somit nach Deutschland kommen.

Das Buch enthält nach der gut 50 Seiten umfassenden Einleitung über 60 sehr verschiedene Beiträge aus der Zeitschrift, vom Gedicht bis zum langen Theorietext. Vieles davon war vermutlich schon damals etwas »abseitig« und ist aus heutiger Perspektive schwer zugänglich, wenn nicht unverständlich. Hier hätte es einer Einordnung und besseren »Rahmung« bedurft.

Private Verwerfungen schlagen sich auf die Zeitschrift nieder. Die weit aus produktivere Goettle tut sich mit der Grafikerin Elisabeth Kmölniger (1947-2018) zusammen, Classen mit Branka Wehowski (1954-1993). Über die ökonomischen und strukturellen Bedingungen der Zeitschrift, etwa wie der Vertrieb erfolgte, erfährt die Leser*in leider nichts, obwohl Vukadinović, der als politischer Wissenschaftler als umstritten gelten dürfte, Interviews mit vielen damals Beteiligten geführt hat. Nicht Gegenstand des Buches ist die zweite Folge der Zeitschrift, die Classen, in Abgrenzung, wenn nicht im deutlichen Affront zu Goettle, zusammen mit Wehowski von 1983 bis 1987 herausgegeben hat.

»Die schwarze Botin« war womöglich, wie der Verlag schreibt, die »radikalste Zeitschrift der westdeutschen Frauenbewegung«; sicherlich aber nicht »das bedeutendste feministische Periodikum in deutscher Sprache« wie der Herausgeber schreibt. Insgesamt ein sperriges Buch zu einer »sperrigen« Zeitschrift.

Bernd Hüttner

Die Schwarze Botin. Ästhetik, Kritik, Polemik, Satire 1976-1980; Herausgegeben und mit einer historischen Einleitung von Vojin Saša Vukadinović; Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 512 Seiten, 36 Euro

ATOMAUSSTIEG - DER GROSSE RÜCKBAU



Bis 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Eine neue Dokumentation zeigt, was danach mit ihnen geschieht. Ein Arbeiter in Ganzkörper-Schutzanzug misst mit dem Geigerzähler eine Wand. Immer, wenn das Gerät metallisch fiept, malt er eine Markierung auf die Wand. Später wird sie mit Pressluft-Meißeln in handliche Stücke zerlegt. Alle 800 Räume des AKW Greifswald werden vermessen, bevor sie demontiert werden. Am Ende wird der Schutt in einem Lager für halb-radioaktive Stoffe in Salzgitter oder auf Hausmülldeponien verbracht. Stark strahlende Stoffe werden warten müssen, bis die Bundesgesellschaft für Endlagerung das weltweit erste Atommüll-Endlager bestimmt hat. Es ist eine irreal schwierige Aufgabe: Der Müll soll dort für eine Million Jahre sicher lagern – ein Zeitraum, in dem es Eiszeiten, Erdbeben und anderes geben wird.

Das Thema, wie wir als Gesellschaft mit dem Atommüll umgehen, wird nicht erst seit dem 2011 beschlossenen Atomausstieg heiß diskutiert. Carsten Rau zeigt in seinem Dokumentarfilm weniger die Debatten, sondern den AKW-Rückbau selbst. In ruhigen, langen Einstellungen zeigt er die Materialberge, die dabei bewegt werden, und AKW-Mitarbeiter*innen, die teilweise gegen ihre Überzeugung, ihren einstigen Arbeitsplatz demontieren und nun Besucher*innen aus Japan durch die AKW-Ruine führen. Er besucht das einstmals größte AKW in Gundremmingen, ein kleiner Ort in Bayern, der ohne die dampfenden Kühltürme und ihr technisches Personal verwaist. Er befragt die Funktionär*innen der französischen Kernenergie-Lobby, die den deutschen Ausstieg belächeln: Ohne ausreichende Speicher müsste Deutschland entweder neue Kohlekraftwerke bauen oder ausländischen Atomstrom zukaufen. Denn der deutsche Atomausstieg hatte nicht die erhoffte Wirkung: Zwölf von 26 EU-Staaten haben nach wie vor eigene Atomenergie, und selbst Japan nimmt seine Kernkraftwerke teilweise wieder ans Netz. Rau spricht mit dem Leiter der Endlager-Auswahlkommission Jörg Tietze und dem Anti-Atom-Campaigner Jochen Stay, die sich in Podiumsdiskussionen gegenüberstehen.

Schlicht durch Zahlen zeigt er den wirtschaftlichen Irrsinn einer Industrie, deren Kosten im Wesentlichen nach ihrem Betrieb anfallen: Der Rückbau des AKW Greifswald wird länger dauern als seine Zeit am Netz. Niemand weiß, ob die knapp 38 Milliarden Euro, die die Betreiber als Rücklagen in einen Fonds einzahlen mussten, am Ende für den Rückbau aller 17 AKW und die Endlagerung des strahlenden Mülls reichen wird. Dass er das alles so unaufgeregt erzählt und dabei mehrere Seiten zu Wort kommen lässt, mag manche Erwartung enttäuschen und manche Zuschauer ungeduldig machen. Doch die unparteiische Haltung des Films gibt dem Stoff, den er behandelt, so nur noch mehr Sprengkraft.

Friederike Grabitz

Atomkraft Forever, Regie: Carsten Rau. Mit Jörg Meyer, Marlies Philipp u.a.. Deutschland, 94 Minuten. Geplanter Kinostart ist im Frühjahr 2021.

Analysen zur Corona-Krise



Die langfristigen Auswirkungen der verschiedenen Corona-Maßnahmen, mit denen die Regierungen versuchen, die Pandemie in den Griff zu bekommen, sind bislang nur in Tendenzen erkennbar. In »Virenregime« geht es nicht darum, die ferne Zukunft zu prognostizieren, sondern um eine Bestandsaufnahme inmitten der Krise. Global treten gegenwärtig Probleme der Gesundheitssysteme und -versorgung, der Arbeitsschutzgesetzgebung und der Sozialsysteme, der Grenzregime und einer erweiterten Ausbeutung unbezahlter Sorgearbeit besonders hervor.

Die 49 Beiträge des Sammelbandes lassen die Verwerfungen und Auslassungen, die das globale neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell tagtäglich reproduziert, ungeschminkt erkennen. Cengiz Kulaç beobachtet drei Monate nach dem ersten Höhepunkt der Krise besonders zwei dystopische Potenziale: »Bestehende gesellschaftliche Dispositionen zu einer sozialdarwinistischen und eugenischen Krisenbewältigung sind erstens wieder sichtbar geworden, und zweitens blieben sie (vorerst) in ihrer Realisierung regional und lokal begrenzt.« Die »Potenziale« sind dabei weniger rhetorisch angelegt, sondern strukturell, im »Kern der Funktionsweise unserer Gesellschaft«.

Im ersten Teil des Buches werden globale politische und gesellschaftliche Folgen der Coronakrise konturiert, wobei es um Lernprozesse und sozial-ökologische Initiativen, Menschenrechte, Flüchtlingspolitik, Folgen für die europäische Integration und neue Allianzen, aber auch um den drohenden Überwachungsstaat durch den Einsatz von Big Data geht. Es seien nicht nur finanzielle und politische Initiativen geboten, um die negativen Auswirkungen der Coronakrise einzudämmen. »Es geht immer wieder und auch jetzt um ein Neu-Denken der wirtschaftlichen und politischen Weltordnung im Hinblick auf die Realisierung globaler sozialer Rechte.« (Ulrich Brand)

Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Folgeerscheinungen der Krise in ausgewählten Staaten (von Schweden und den USA, bis zu Indien, Russland, Brasilien, Iran, Türkei, Japan und China). Abschließend werden die Auswirkungen für die österreichische Gesellschaft und Politik nachgezeichnet, wobei der Bogen von Ischgl über die Auswirkungen auf Asylberechtigte und Migrant*innen bis hin zur Betrachtung der Care-Arbeit unserer »sorglosen Gesellschaftsformation« gespannt wird.

»Virenregime« stellt inmitten der Pandemie eine Verknüpfung verschiedener Krisendimensionen her und ist damit ein wertvoller Diskussionsbeitrag für Debatten um demokratische und soziale Lösungsansätze aus der Krise. Es hilft zu erkennen, dass während der Coronakrise einige Staaten weiter ins Autoritäre abdriften und welche Schwierigkeiten es zukünftig im globalen Kontext geben wird, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen.

Jürgen Weber

Thomas Schmidinger/ Josef Weidenholzer (Hrsg.): Virenregime - Wie die Corona-Krise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen; Bahoe books, Wien 2020, 486 Seiten, 24 Euro

Lese-Buch zu Klassentheorien



In dem neuen Buch von Mario Candeias, dem Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse, geht es um Theorien, die über Klassen, konkret die »Arbeiterklasse«, in der marxistischen und marxistisch-feministischen Linken entwickelt wurden.

Nach Candeias hängt die Position der Arbeiter*innen – und damit auch die Möglichkeit zu Kämpfen – im Wesentlichen von drei Faktoren ab: Erstens der Stellung im Produktionsprozess, also in welchem Sektor mit welcher Wertschöpfung man/frau zu welchen Bedingungen beschäftigt ist. Dann zweitens vom Zugang zu Infrastruktur und zum »Öffentlichen«, also Bereichen wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität, in denen es heute viele öffentlich wahrnehmbare Konflikte gibt. Der dritte Faktor ist Konsum (und Kultur). Konsum wird hier als struktureller Zusammenhang mit der Produktion gedacht. Nicht zu vergessen ist der Staat als Feld des Klassenkampfes und als Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonie besteht eben, nach Gramsci, aus Zustimmung und Gewalt.

Nach diesem Raster einer modernen Klassentheorie hat Candeias nun die über zwei Dutzend Texte ausgesucht. Sie sind im Buch thematisch sortiert und stammen aus einem Zeitraum von 1906 (Rosa Luxemburg) bis heute. Nach drei historischen Texten (zweimal Gramsci und, wie erwähnt Luxemburg) kommen ein Dutzend Beiträge aus der Zeit von 1963 bis 1988, also aus der klassischen Phase des Fordismus (unter anderem von Balibar, Bourdieu, Dalla Costa, Stuart Hall und zu Poulantzas und Negri).

Nach einem zeitlichen Sprung folgen weitere zwölf Texte aus dem Zeitraum 2002 bis heute (also der Hochphase des Neoliberalismus). Hier sind unter anderem Dörre, Frigga Haug, Ursula Huws, Gayatri Chakravorty Spivak und fünf Texte zur Debatte um »Neue Klassenpolitik« zu finden, wie sie etwa im Sonderheft der Zeitschrift LuXemburg dokumentiert ist. Jetzt zu kritisieren, was fehlt (etwa Althusser oder weitere feministische Denkerinnen) ist wohlfeil, zumal der Herausgeber in seiner sehr guten und pointierten Einleitung darauf hinweist, dass nicht alle erwünschten Abdruckrechte eingeholt werden konnten.

Was aber nun vorliegt, ist ein preiswertes, umfangreiches Lesebuch zur entwickelten neomarxistischen und marxistisch-feministischen Klassentheorie. Es ist ein kleiner Beitrag zur Wiederaneignung eines reichhaltigen Fundus. Das formulierte Ziel einer queeren, ökologischen Klassenpolitik, die Identitäts- und Klassenpolitik nicht als Widerspruch denkt, ist sympathisch. Ob die »verbindende Partei« und die »verbindende Klassenpolitik«, wie sie in der LINKEN und von einzelnen linken GewerkschafterInnen propagiert wird, dafür ein Instrument sein kann, muss sich noch weiter zeigen.

Bernd Hüttner

Mario Candeias (Hrsg.): Klassentheorie. Von Making und Remaking, Argument Verlag Hamburg 2021, 560 Seiten, 20 Euro

LuXemburg Spezial zu neuer Klassenpolitik (2017) <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik/>

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

VORTRAG

Genossenschaften für das Gemeinwohl

1. März (Online)

Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens organisiert diesen Online-Vortrag mit Diskussion zum Thema »Genossenschaften für das Gemeinwohl: Neugründungen an der Schnittstelle zur Zivilgesellschaft«. Referentin ist Marleen Thürling, die seit langem zu dem Thema forscht. Sie arbeitet im Vorstand des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens mit, der mit seinen Aktivitäten das Anliegen kooperationsbereiter Neugründer*innen unterstützt, die genossenschaftliche Organisationsform zu wählen und zu nutzen. Er bietet Interessierten die Möglichkeit, den Genossenschaftsgedanken zu vermitteln und weiterzuentwickeln. Bitte bis spätestens 22. Februar 2021 anmelden.

Info: <https://tinyurl.com/y4qgzhm>

Einführung in das Konzept der Sozialökologie

18. März (Online)

Die Sozialökologie als Teilgebiet der Ökologie fokussiert das Verhältnis vom Menschen und seiner Um- bzw. Mitwelt. Im Vortrag wird vor allem auf die Forschungen des amerikanischen Publizisten und Sozialökologen Murray Bookchin eingegangen, der heute vor 100 Jahren geboren wurde. Sein Werk inspirierte sowohl utopische Autor*innen wie Ursula K. LeGuin (Das Wort für Welt ist Wald) und Ernst Callenbach (Ecotopia), die Feministin Janet Biehl als auch die Gründungsriege der bundesdeutschen Grünen und deren

linke Abspaltung. Mehr als das ist sein Werk aber immer noch eine wichtige Grundlage, um Ökologie und Soziologie gemeinsam zu denken.

Info: <https://tinyurl.com/y4z4kf8hz>
Anmeldung: www.vhssz.de

HEIMKINO

Dokumentarfilme

Cooperativa-Film (früher kiezfilme) produziert sozial engagierte, gesellschaftskritische Dokumentarfilme. Inhaltliche Schwerpunkte liegen in der Auseinandersetzung mit Migrationspolitik und Empowerment von FLINT (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre und trans Personen), die wegen ihrer geschlechtlichen Identität patriarchal diskriminiert werden / feministische Perspektiven und alternativen solidarischen Gesellschaftsentwürfe. Mit den Filmen soll ein Raum geschaffen werden für kritische Auseinandersetzung mit allen Beteiligten.

Info: <https://cooperativa-film.de/>

KONZERT

Projekt »Rosa!«

9. März (Heilbronn)

Projekt »Rosa!« ist ein musikalischer und wortgewandter Versuch, die vielen Facetten von Rosa Luxemburg auf die Bühne zu bringen. Am 5. März feiern wir ihren 150. Geburtstag. Bei dieser Gelegenheit will das Projekt »Rosa!« dazu beitragen, Rosa Luxemburg als Person und revolutionäre Politikerin wieder mehr in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Zuschauer*innen Luxem-

burgs lebenslangen Einsatz für eine humane Gesellschaft erleben zu lassen. Die spannende Frage ist: Wie würde Rosa Luxemburg heute auf die Welt blicken?

Ort: K3, Berliner Platz 12, 74072 Heilbronn
Info: tinyurl.com/y3rcujzn

LESETRIOLOGIE

ABC des Kapitalismus

19. März (Ulm)

Was ist das für ein System, in dem der Verlust des Arbeitsplatzes soziale Existenzen vernichtet, in dem das Interesse nach einer lebenswerten Umwelt gegen die Interessen »der Wirtschaft« gestellt wird? Und welche Rolle hat der Staat in diesem System? Schließlich, was können wir tun, um uns sicht- und hörbar zu machen mit unseren Hoffnungen, Ängsten und Erwartungen? Fernab von irgendwelchen Theorien einer großen Weltverschwörung wollen wir uns mit diesen Fragen auseinandersetzen. Grundlage hierfür ist das dreibändige »ABC des Kapitalismus« von Vivek Chibber. Die Lesetrilogie findet (soweit möglich) in Präsenz statt, unterstützt durch Online-Tools.

Ort: Cafe im Kornhauskeller, Hafengasse 19, 89073 Ulm
Info: <https://tinyurl.com/y2aactp>

WORKSHOP

Frauen. Reden. Stärken.

17. & 18. April (Hannover)

In diesem Kurs können Frauen ihr rhetorisches Auftreten trainieren. Ziel ist es, die individuellen Stärken zu kennen, um sie in Rede- und Gesprächssituationen nutzen

zu können. Theoretische Modelle werden mit vielen Praxisübungen kombiniert. Neben Stimm-, Körper- und Improvisationsübungen bedeutet rhetorisches Lernen in diesen zwei Tagen auch, das eigene Selbstbewusstsein zu stärken. Übungen vor der Videokamera bieten die Chance, sich vor der Gruppe als solidarischem Publikum auszuprobieren.

Ort: DJH-Jugendherberge, Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 1, 30169 Hannover
Info: <https://tinyurl.com/yyljacv6>

BILDUNGSREISE

in das Baskenland

4. bis 8. Oktober (Zarautz)

Im Baskenland gibt es seit bald 40 Jahren »municipalistische« Erfahrungen: Aus der linken Unabhängigkeitsbewegung heraus hat man kontinuierlich versucht, Basisbewegungen zu stärken und alternative Institutionen vor Ort aufzubauen. Bürgermeister*innen haben mit Dorfversammlungen und Nachbarschaftsorganisationen regiert, linke Stadtverwaltungen haben selbstverwaltete Zentren, Wohnprojekte und Genossenschaften angeschoben. Auf der Reise werden wir soziale Zentren, Nachbarschaftsorganisationen, Genossenschaften und Kulturvereine besuchen, aber auch Bürgermeister*innen und Gemeinderat*innen treffen. Im Mittelpunkt stehen Fragen wie: Auf welche Weise können Stadtregierungen Partizipation und Selbstverwaltung die Bevölkerung stärken? Gibt es Ansätze für eine alternative Wirtschaftspolitik? Wo sind die Grenzen institutioneller Politik?

Ort: 20800 Zarautz (Baskenland)
Info: <https://tinyurl.com/y3z4z78r>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrast.org
Verein: vorstand@contrast.org
Redaktion: redaktion@contrast.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumpke
ulrike.kumpke@contrast.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contrast.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contrast.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contrast.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
regine.beyss@contrast.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contrast.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contrast.org

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
kontakt@finkenburger.info

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contrast.org

ANZEIGEN
Kai Böhne
anzeigen@contrast.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
abos@contrast.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
layout@contrast.org

TERMINE
Hans Wieser
termine@contrast.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contrast.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contrast_eorg](https://twitter.com/contrast_eorg)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contrast-liste>

ANZEIGEN

verlag 8.mail



Erstmals veröffentlicht


Lea Grundig
Elfteiliger Bild-Zyklus zum Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels
Mit einer Einleitung von Dietmar Dath und einem Nachwort von Andreas Wessel

Lea Grundig
Elfteiliger Bildzyklus zum »Manifest der Kommunistischen Partei«
mit dem Text von Karl Marx und Friedrich Engels sowie einer Einleitung von Dietmar Dath und einem Nachwort von Andreas Wessel

Verlag 8. Mai, 128 Seiten, handgebunden mit elf Abbildungen, teilweise fünffarbig gedruckt, 22,90 Euro, ISBN 978-3-931745-41-7
Zu bestellen im *junge Welt*-Shop unter jungewelt-shop.de

verlag 8.mai C.V.B.H.

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84



Ausgabe 12/20 u.a.:

- Jens Benicke: »Maximale Ausbeutung, minimale Sicherheit« – Nicht nur Werkverträge und Leiharbeit, auch Minijobs verschärfen die soziale Unsicherheit
- René Kluge: »Im Steinbruch Betriebsverfassung« – Debatten um Gesetzesänderungen für Betriebsräte
- AG Einzelhandel: »Studis aller Städte, organisiert euch!« – Jobben im Supermarkt
- Heiko Bolldorf: »Arbeitskämpfe beim jugoslawischen Borovo-Kombinat« – Zwischen Klassenkampf und Nationalismus
- Hermann Bueren: »Schöne agile Arbeitswelt?« – Arbeitswelten für agile Beschäftigte (Teil 3)
- Ewgeniy Kasakow: »Streik bei Pandemie-Profiteuren« – Die Kuriere des russischen Lieferservice-Giganten gründen eine Gewerkschaft

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen

Ossietsyky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Werner Boldt
Heute wie damals? Carl von Ossietzky und die Weimarer Republik

• Themenheft •
20
23. Jahrgang
17. Oktober 2020 € 2,80

18 Gedanken und Thesen von Rolf Gössner zum alptrauhaften Ausnahmezustand
52 Seiten, 3 Euro

Bestellung
Jahresabo / Geschenkabö 25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabö 12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Ossietsyky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
ossietsyky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596
www.ossietsyky.net

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contrast.org

anti atom aktuell
Berichte Meinungen Analysen
aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball

werde Fördermitglied!
<je nach Geldbeutel>

anti atom aktuell
Tollendorf 9 | 29473 Gohrde | www.anti-atom-aktuell.de

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltaidien oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene, Tipps, Termine & Adressen